

Screenreader-Hinweis: Die Navigation über das Inhaltsverzeichnis kann, je nach verwendeter Software, schwierig sein. Nutzen Sie dann die Navigation über die Überschriften.

Inhaltsverzeichnis

Kommunale Pflegeämter als Lösung.....	3
Zusatzbeitrag steigt deutlich über drei Prozent.....	4
Hilfe kommt bei Älteren oft nicht an.....	5
Ergebnisse als wichtige Orientierung.....	6
Für soziale Balance.....	7
Heilen statt warten.....	8
Zahlreiche Hindernisse beseitigt – dank VdK	8
Von barrierefreiem Wohnraum bis zu Untertiteln im TV	10
Neue Grundsicherung sieht Verschärfungen vor.....	12
Rehamaßnahmen wirken	13
Grundrente bleibt verbesserungswürdig.....	14
Post-Covid-Patientin bekommt volle EM-Rente.....	15
VdK erstreitet Zuschuss zum Badumbau	16
Anerkennung beschleunigen.....	18
Kompetente Ansprechpartner vor Ort.....	18
VdK klagt gegen Zweckentfremdung.....	20
Leben mit einer Seldenen Erkrankung	20
Angst vor einer Diagnose.....	22
Brennende Schmerzen.....	23
Cortisonsalbe nur kurzfristig anwenden	24
Mangelernährung hat viele Ursachen.....	25
Keine Wirkung ohne Nebenwirkung.....	27
Seufzen tut der Lunge gut.....	27
Geringe Teilnahme, aber hohe Bereitschaft.....	28
Übertherapie bei Prostatakrebs vermeiden	29
Kletterhilfe für den sozialen Aufstieg	31
Rekordtief beim Rauschtrinken	32
Ängste werden chronisch	33
Pläne für Barriereabbau greifen viel zu kurz	34
Finanzämter erhalten GdB automatisch.....	35

Mit Merkzeichen „B“ Bahntickets kaufen	36
Inklusion in der Raumfahrt.....	36
Aktuelle Filme auf VdK-TV	38
„miteinander“ im Februar	39
Hilfe aus der Bäckerei	39
Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen.....	41
Trauer um Wolfgang Hahntow.....	42
Verstärkung für den VdK Bayern	43
Für eine stabile Verbandsentwicklung	44
Pudelwohl	45
Rückschritt für die Inklusion.....	46
Gehörlosengeld kommt doch nicht.....	47
Messefrühling auf der inviva.....	47
Besserer Nahverkehr für alle	48
VdK kämpft für soziale Gerechtigkeit.....	49
Miteinander ins Gespräch kommen	50
Seniorentag in Altötting	50
Oberbayern bekennt Farbe gegen Gewalt an Frauen	51
Schmuggler, Ritter und Heimatliebe	52
Seit 40 Jahren im VdK-Ehrenamt.....	52
75-Jahr-Feier des VdK Garching	53
Vom Rothirsch zum Warzenbeißer: die Tiere des Jahres	54
Zusammenstehen und Teil der Veränderung sein	55
Eine Ausrede ist keine Entschuldigung.....	57
Ernährungsreport „So isst Deutschland“	58
Stark gestiegene Lebensmittelpreise.....	58
Geld vom Metzger	60
Neu seit 1. Januar: Aktivrente	61
Ungekünstelt, frech und spontan.....	61

Kommunale Pflegeämter als Lösung

Fehlende Vernetzung in Städten und Gemeinden erschweren die pflegerische Versorgung vor Ort

Der Sozialverband VdK fordert einen radikalen Neuanfang in der Pflegepolitik. Um die pflegerische Versorgung deutlich zu verbessern, schlägt der VdK vor, Pflegeämter in den Kommunen zu schaffen. Diese könnten zum Beispiel bei Stadt- oder Kreisverwaltungen angesiedelt sein.

VdK-Präsidentin Verena Bentele sagt bei der Vorstellung des neuen Konzeptes auf einer Pressekonferenz Mitte Dezember: „Das zentrale Problem in der Pflegepolitik sind ihre Strukturen. Die Verantwortungsdiffusion zwischen Pflegekassen, Bund, Ländern, Kommunen und Einrichtungen ist der größte Hemmschuh für eine gesicherte und gute Pflege in Deutschland.“

Die Leidtragenden in diesem schlecht organisierten System sind die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Bentele weiter: „Unser derzeitiges System bietet keine zukunftsweise Lösung an. Es weist zu viele Lücken auf und birgt massive Reibungsverluste für Pflegebedürftige.“

VdK-Mitglieder berichten immer wieder von erheblichen Problemen, passende Angebote zu finden und nutzen zu können. Die Suche nach verfügbaren Pflegediensten oder freien Heimplätzen in Wohnnähe führt zu einem großen organisatorischen und belastenden Aufwand. Den Betroffenen fehlt bisher ein kompetenter und unterstützender Ansprechpartner auf lokaler Ebene, der Pflegeangebote steuert und vernetzt.

Bentele schlägt deshalb ein kommunales Pflegeamt als Bindeglied zwischen den Pflegeanbietern und den Betroffenen vor: „Kommunen erreichen die Menschen am besten und kennen ihre Lebenslagen. Übernehmen sie Planung und Steuerung aus einer Hand, entstehen klare Zuständigkeiten. Reibungsverluste werden reduziert und bürokratische Umwege vermieden.“

Als positives Beispiel für eine solche Struktur nennt der VdK das Nachbarland Dänemark und seine bürgernahe Organisation der Pflege. Ähnlich wie in unserem Nachbarland sollte auch in Deutschland das Ziel sein, Kommunalverwaltungen zu befähigen, die Situation vor Ort systematisch zu erfassen.

Elementare Informationen für eine gezieltere Steuerung auf kommunaler Ebene werden bisher nicht ausreichend vernetzt und für bessere Angebote genutzt: Wie viele Menschen sind in der Stadt oder im Landkreis pflegebedürftig? Wer versorgt sie, welche Unterstützung wird benötigt? Der VdK verspricht sich von einer solchen neuen Datengrundlage, die die Pflegeämter erheben könnten, dass endlich eine wohnortnahe Pflegeplanung ermöglicht wird. Zentraler Punkt ist, dass damit die Kommunalverwaltungen die pflegerische Versorgung steuern und im Fall von drohender Unterversorgung selbst Angebote aufbauen können.

Der VdK fordert eine dauerhafte Finanzierung der kommunalen Pflegeausgaben durch den Bund und die Länder. So könnte eine gleichwertige Versorgung überall sichergestellt werden.

Unbürokratisch wäre dies durch eine Erhöhung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs möglich. Die Rolle der Pflegekassen als Kostenträger individueller Pflegeleistungen soll erhalten bleiben. **Julia Frediani**

Lesen Sie zu diesem Thema auch unseren Artikel auf Seite 6.

Zusatzbeitrag steigt deutlich über drei Prozent

Kosten für Krankenkassen weiter erhöht – VdK fordert tragfähiges Finanzierungskonzept

Gesetzlich Versicherte müssen Jahr für Jahr höhere Krankenkassenbeiträge zahlen. Deshalb fordert der Sozialverband VdK ein zukunftsfähiges wirtschaftliches Fundament für die Krankenkassen.

Bundeskanzler Friedrich Merz und Gesundheitsministerin Nina Warken hatten für das Jahr 2026 stabile Beiträge angekündigt. Auch der GKV-Schätzerkreis rechnete mit einem durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 2,9 Prozent. Ein Sparpaket der Bundesregierung sollte dies absichern.

Dennoch hat jede zweite Krankenkasse den Zusatzbeitrag zum Jahreswechsel erhöht. Er liegt nun im Schnitt bei 3,36 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens. Nach Angaben der Krankenkassen reichen die geplanten Einsparungen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Zudem müssen sie ihre gesetzlich vorgeschriebenen Finanzreserven wieder auffüllen.

Der VdK drängt Bund und Länder dazu, sich schnellstmöglich auf ein Finanzierungskonzept für die Krankenkassen zu einigen, um die gesetzlich Versicherten zu entlasten. „Das darf allerdings nicht auf Kosten der Versorgung gehen“, sagt VdK-Präsidentin Verena Bentele. Sie fordert, die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, für die gesetzlich Versicherte aufkommen, gerechter über Steuerzuschüsse zu finanzieren. Zudem müssten sich sehr gut Verdienende mit höheren Beiträgen stärker an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen.

Der VdK unterstützt auch die Forderungen nach einem Ausgabenmoratorium, also einem Stopp der dauerhaften Vergütungssteigerungen für die Leistungserbringer wie Krankenhäuser oder ambulante Versorger. Ziel muss es sein, die Ausgaben und die Einnahmen endlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen. „Wer vom Gesundheitssystem in hohem Maße profitiert, sollte auch mehr zu seiner Stabilität beitragen“, sagt Bentele.

Kristin Enge

Hilfe kommt bei Älteren oft nicht an

Siebter Armutsbericht: Beantragung von Sozialleistungen vereinfachen

Die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen ist ein Schwerpunktthema im Siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Der Bericht beleuchtet die Gründe und sieht Handlungsbedarf, damit Leistungen besser abgerufen werden können.

Wenn Personen Sozialleistungen nicht nutzen, obwohl sie einen Anspruch darauf haben, wird dies als Nichtinanspruchnahme oder „verdeckte Armut“ bezeichnet. Die vergangene Ampel-Regierung hatte diesem Thema im Siebten Armuts- und Reichtumsberichts besondere Bedeutung beigemessen. Wegen des vorzeitigen Koalitionsbruchs konnte sie ihren 680 Seiten starken Bericht allerdings nicht mehr veröffentlichen. Das hat Ende des vergangenen Jahres schließlich die schwarz-rote Regierungskoalition nachgeholt.

Laut dem Bericht ist die Quote der Nichtinanspruchnahme des bisherigen Bürgergelds, das reformiert werden soll, hoch. Sie liegt zwischen 33 und 56 Prozent. Genauere Zahlen sind wegen der Dunkelziffer von Anspruchsberechtigten, die Leistungen nicht nutzen, schwer zu ermitteln.

Grundsicherung im Alter

Noch bemerkenswerter ist das Verhältnis bei der Grundsicherung im Alter. Laut Bericht rangiert die Quote der Nichtinanspruchnahme hier zwischen 58 und 88 Prozent. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren, die Grundsicherung im Alter nicht beantragen, ist mindestens so hoch, wie die der Beziehenden. Als Gründe dafür, dass so viele keine staatlichen Hilfen abrufen, werden fehlende oder falsche Informationen zum Leistungsanspruch oder auch abschreckende komplexe Antragsverfahren genannt. Viele Menschen verzichten aber auch aus Scham auf eine Beantragung.

Laut Bericht könnten Sozialleistungen effektiver sein, wenn die Zielgruppen besser informiert würden. In Schweden hatte eine Informationsoffensive unter Rentnerinnen und Rentnern über das Wohngeld ergeben, dass die Inanspruchnahme danach um ein Vielfaches gestiegen ist. In den Niederlanden haben Aktionen von Kommunen und Freiwilligen, die beim Ausfüllen von Formularen geholfen haben, ebenfalls positiv Ergebnisse gezeigt.

Einfachere Anträge

Der Sozialverband VdK begrüßt, dass sich der Bericht mit verdeckter Armut befasst, denn Leistungen müssen bei den Menschen ankommen, die sie brauchen. Die Beantragung von Sozialleistungen muss deshalb stark vereinfacht werden. Der VdK fordert von der Bundesregierung große Kraftanstrengungen und Reformen, um die Nichtinanspruchnahme zu reduzieren.

Jörg Ciszewski

Ergebnisse als wichtige Orientierung

VdK-Mitgliederumfrage zu Rechtsberatung und Kommunikation

Eine große VdK-Mitgliederumfrage aus dem vergangenen Herbst liefert wichtige Ergebnisse für die weitere Entwicklung des größten Sozialverbands in Deutschland.

Die Ergebnisse zeigen, welche Erwartungen die Mitglieder an „ihren“ VdK haben, dem sie loyal und seit durchschnittlich 9,4 Jahren verbunden sind. Die Ergebnisse geben dem Bundes- und den Landesverbänden besonders in der Entwicklung der strategisch wichtigen Bereiche Rechtsberatung, Ehrenamt und Mitgliederkommunikation eine wichtige Orientierung. Die Meinung der Mitglieder zählt!

Basierend auf den Ergebnissen der Umfrage, an der sich rund 15 500 Mitglieder beteiligt haben, wird der VdK in den kommenden Jahren seine Angebote in der Rechtsberatung und in der Mitgliederkommunikation überprüfen und weiterentwickeln.

Mitglieder-App

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Nutzung des Smartphones als Kommunikationsinstrument in allen Altersgruppen der VdK-Mitglieder mittlerweile etabliert hat. Drei Viertel der Befragten sprechen sich für eine „VdK-App“ oder ein neues Mitgliederportal auf dem Smartphone aus. Damit könnten viele Mitglieder zu wichtigen Themen des VdK täglich erreicht werden. An der beliebten VdK-Zeitung in Papierform möchte ein Großteil der Mitglieder festhalten. Als wichtiges Medium zur Information und Kommunikation hat die Zeitung weiterhin einen hohen Stellenwert. Parallel wird auch das digitale Angebot der VdK-Zeitung weiterentwickelt, um die Mitglieder gut zu erreichen.

In der VdK-Rechtsberatung zählen das Schwerbehindertenrecht, die Rente, hier der Rentenantrag, sowie die häusliche Pflege zu den wichtigsten Themen.

Eine Vielzahl der Mitglieder schätzt weiterhin das persönliche Beratungsgespräch. Um einen schnelleren Termin bei der Rechtsberatung zu erhalten, ist die Mehrheit der befragten Mitglieder aber auch offen für neue Angebote, wie eine Online-Terminvereinbarung oder eine Beratung per Video oder Telefon. Der Großteil der Befragten wäre auch bereit, Unterlagen zum Rechtsverfahren in einem geschützten Bereich hochzuladen oder schon im Vorfeld das Rechtsverfahren mit eigenen Mitteln zu starten, sofern die technischen Voraussetzungen hier geschaffen werden.

Zuverlässiger Partner

Im Rahmen der Umfrage wollte der VdK auch wissen, wie zufrieden die Mitglieder mit dem Sozialstaat sind. Eine große Mehrheit der Befragten bewertet dessen Leistungsfähigkeit als sehr kritisch.

Die Erfahrungen der Mitglieder mit Ämtern sind durchwachsen. Die Behörden gehen mit den Ratsuchenden nicht auf Augenhöhe um. Mitglieder, die gerade einen Antrag gestellt haben, bewerten die Leistung des Sozialstaats als besonders kritisch.

Die Ergebnisse machen deutlich, wie wichtig der VdK als zuverlässiger Partner für seine Mitglieder ist: Die Betroffenen nehmen die Unterstützung in Anspruch für Antragsverfahren, die als kompliziert und ungerecht wahrgenommen werden.

VdK-Präsidentin Verena Bentele betont: „Viele Mitglieder wissen, dass wir uns für einen Sozialstaat einsetzen, dessen Leistungen ohne Hürden für die Menschen zugänglich sind.“ **Julia Frediani**

Für soziale Balance

VdK Berlin-Brandenburg wählt neuen Vorstand

Auf dem 17. Ordentlichen Landesverbandstag des VdK Berlin-Brandenburg wählten am 3. Dezember 2025 in Rheinsberg 61 Delegierte einen neuen Landesvorstand. Ralf Bergmann wurde mit großer Mehrheit im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt.

Er zog eine positive Bilanz der vergangenen acht Jahre als Landesvorsitzender. Während dieser Zeit und unter seiner Führung verdoppelte sich die Mitgliederzahl im VdK Berlin-Brandenburg auf mehr als 35 000 Personen. Die Finanzlage bezeichnete Bergmann als „gut und stabil“.

Für die kommenden Jahre hat Bergmann klare Ziele: „Ich möchte das Ehrenamt in der Fläche so stärken, dass es auch künftig wirksam und zukunftsfähig bleibt.“ Besonders wichtig ist ihm die Gewinnung jüngerer Menschen, eine Aufgabe, die er gemeinsam mit den ehrenamtlich Engagierten angehen möchte. Auch soll die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt vertieft werden.

Der VdK-Landesverband wird sich auch künftig als einflussreicher sozialpolitischer Akteur konsequent für die Interessen seiner Mitglieder in Berlin und Brandenburg einsetzen. „Gerade in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit braucht es den VdK als starken, kompetenten Partner, der Orientierung bietet und für soziale Balance sorgt“, so Bergmann. Konkret bedeutet das, sich gegen Altersarmut, für faire Pflege, Inklusion und soziale Teilhabe starkzumachen und den Mitgliedern verlässlich zu ihrem Recht zu verhelfen. **ken**

Kommentar

Heilen statt warten

Anfang des Jahres veröffentlichte der GKV-Spitzenverband die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter Versicherten. Sie bestätigten die Erfahrungen der VdK-Mitglieder: Jeder vierte Versicherte musste länger als einen Monat auf einen Facharzttermin warten, jeder zehnte sogar mehr als drei Monate. Dabei ist Zeit genau das, was Menschen fehlt, wenn sie krank sind oder Schmerzen haben.

Ähnliche Erfahrungen habe auch ich gemacht. Nach einem Skiunfall im Dezember, bei dem mir in der Wade ein Muskel gerissen war, brauchte ich dringend fachärztliche Hilfe. In der Praxis eines Orthopäden wurde mir ein Termin im Februar angeboten – mit Blindenstock und zwei Krücken hat mir jedoch sprichwörtlich eine dritte Hand gefehlt. So lange zu warten war daher für mich keine Option. Durch einen persönlichen Kontakt und einen verständnisvoller Arzt habe ich schließlich schnell die nötige Hilfe bekommen. Ich lebe in einer Stadt mit einem guten ärztlichen Angebot und bin als VdK-Präsidentin mit den Strukturen der medizinischen Versorgung vertraut. Auch das hat mir bei der Arztsuche geholfen.

Zu oft führt nicht die medizinische Dringlichkeit zum schnellen Termin, sondern Wissen, Beziehungen oder Hartnäckigkeit. Bei der Terminvergabe darf aber nie entscheidend sein, ob sich Hilfesuchende im komplexen Gesundheitssystem zurechtfinden, ob sie Bürokratie überwinden können oder über Arztkontakte im privaten Umfeld verfügen.

Deshalb finde ich den Vorstoß des niedersächsischen Gesundheitsministers Andreas Philippi für eine Termingarantie richtig. Patientinnen und Patienten sollten innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin erhalten – oder, wenn der Bedarf durch die Hausarztpraxis festgestellt wird, alternativ einen Termin im Krankenhaus vermittelt bekommen. Dieses Vorhaben einer guten Koordination im Gesundheitswesen durch ein Primärversorgungssystem findet sich auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Ein Vorsatz, der dringend in diesem Jahr zum Wohle aller Patientinnen und Patienten umgesetzt werden sollte.

Zahlreiche Hindernisse beseitigt – dank VdK

Seit zehn Jahren fordert der Sozialverband bundesweit „Weg mit den Barrieren!“ und erzielt große Erfolge für die Inklusion

Mit ihren knallgelben Plakaten hat die VdK-Aktion „Weg mit den Barrieren!“ 2016 für Aufsehen gesorgt. Doch das war nur der Anfang: Quer durch die Republik fanden seitdem Ortsbegehungen statt, bei denen Ehrenamtliche und Hauptamtliche des Sozialverbands Bürgermeister und Verantwortliche der Städte und Gemeinden auf Hindernisse hingewiesen haben. Viele davon sind bereits beseitigt worden.

Altötting kennen viele Menschen als Wallfahrtsort. Zahlreiche Christen sind schon in die oberbayerische Kreisstadt gereist, weil sie hofften, von ihren körperlichen Beschwerden geheilt zu werden. Doch um zur Gnadenkapelle zu kommen, mussten sie früher zahlreiche Hindernisse überwinden. Das ist in den vergangenen Jahren deutlich besser geworden – auch dank des VdK. Bei einer Ortsbegehung haben Expertinnen und Experten des Sozialverbands auf Barrieren hingewiesen und den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht.

Die Ortsbegehung fand im Rahmen der Aktion „Weg mit den Barrieren!“ statt. Der Geschäftsführer des VdK Bayern, Michael Pausder, hatte diese mitinitiiert, und vor zehn Jahren gab der VdK Deutschland in Berlin den Startschuss. Bei vielen Ortsbegehungen in der Folge war Eberhard Grünzinger dabei. Der Referent des VdK Bayern setzt sich seit vielen Jahren für Inklusion und Barrierefreiheit ein und schult zudem ehrenamtliche VdK-Beraterinnen und -Berater für Barrierefreiheit, auch in anderen Landesverbänden.

Grünzinger weist bei den Rundgängen durch die Gemeinde und Städte auf viele für die Barrierefreiheit relevanten Punkte hin, egal ob fehlende Aufzüge, Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen, Geländer an Treppenaufgängen oder zu steile Rampen. Die VdK-Teams protokollieren dann mit Fotos und Texten alles genau, Hilfsmittel wie Zollstöcke sind immer dabei. Sie achten auf die Beschilderung vor Ort sowie auf die Webseiten der Kommune. Denn auch diese sollten die Bedürfnisse aller Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, berücksichtigen.

Wallfahrt mit Aufzug

Altötting konnte mit einigen Verbesserungen bereits vor der Ortsbegehung punkten. So gibt es einen Fahrstuhl, mit dessen Hilfe auch Menschen im Rollstuhl oder Eltern mit Kinderwagen den Höhenunterschied zum Stadtzentrum, wo sich die Wallfahrtsstätte befindet, leichter überwinden. Wer eingeschränkt ist, informiert sich meist schon vor der Fahrt über barrierefreie Wege und Behindertenparkplätze. Altöttings Stadtführung dankte dem VdK für alle Hinweise.

Die Oberammergauer Passionsspiele sind weltbekannt, aber das Theater ist ebenfalls nicht barrierefrei. Die ehrenamtlichen VdK-Berater für Barrierefreiheit, Reinhold Nöth und Peter Maier, stellten fest, dass die eigens angebrachten Zugangsrampen zu steil sind. Bürgermeister Andreas Rödl, selbst VdK-Mitglied, staunte nicht schlecht über die Panne und versprach Verbesserung.

Gemeinsam mit anderen Vertreterinnen und Vertretern des VdK-Kreisverbands Oberland sorgten Nöth und Maier in Weilheim für Aufsehen: Unter dem Motto „Scheiß-Thema“ kritisierten sie, dass es zu wenig barrierefreie Toiletten gibt. Viele VdK-Mitglieder sind darauf angewiesen und gehen deshalb oft ungern zu öffentlichen Veranstaltungen im Freien. Die mobilen, schmalen Häuschen, die für Großveranstaltungen aufgestellt werden, sind meistens zu eng und haben Stufen. Damit sind diese alles andere als inklusiv. Das VdK-Team präsentierte ein

rollstuhlgerechtes mobiles Klohäuschen. Die örtliche Feuerwehr war so begeistert, dass sie versprach, bei ihren Festen dieses zu mieten.

Der VdK Sachsen hat gemeinsam mit der Stadt Chemnitz sogar ein festes, barrierefreies, öffentliches WC organisiert. Die erste „Toilette für alle“ im Freistaat wurde kurz vor Weihnachten eröffnet. Horst Wehner, Präsident des VdK-Landesverbands Sachsen, hob die gute Zusammenarbeit zahlreicher Akteure hervor, die dieses inklusive Projekt möglich machten.

Zahlreiche Verantwortliche in Städten und Gemeinden machten ähnlich gute Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem VdK. Rolf Hötker engagierte sich rund zehn Jahre lang im westfälischen Kreisverband Steinfurt als Vertreter der Menschen mit Behinderung und stellvertretender Vorsitzender im Arbeitskreis „Teilhabe und Inklusion“ beim VdK-Landesverband NRW. „Meine Aufgabe bestand im Wesentlichen darin, Barrieren schon im Planungsstadium von Projekten zu verhindern“, erzählt er. Dazu gehörten Rathäuser, Bahnhofsvorplätze, Schulen, Bushaltestellen oder Fuß- und Radwege. Auch Firmen profitierten von seiner Expertise.

Weg über ICE-Strecke

Ein Beispiel auf Kreisebene ist ein Fuß- und Radweg in Ibbenbüren, der über die ICE-Bahnstrecke zwischen Amsterdam und Berlin führt. Dabei ging es um ein Finanzvolumen von etwa acht Millionen Euro. Hötker hat mit dem Team des VdK-Kreisverbands Steinfurt erfolgreich Planung und Umsetzung begleitet, sodass der Übergang nun bequem und barrierefrei möglich ist. Wie bei vielen solcher Erfolgsgeschichten berichteten die Medien darüber. „Mit geschultem Auge“ betitelte die „Ibbenbürener Volkszeitung“ ein Porträt über ihn.

Hannelore Gruszczynski, Ortsvorsitzende des VdK Gau-Bischofsheim in Rheinland-Pfalz, hat in ihrer Heimatgemeinde ebenfalls einiges bewegen können. So wurde ein Wahllokal im Bürgerhaus vom ersten Stock ins Erdgeschoss verlegt, damit es für alle zugänglich ist. Immer wieder macht sie auf Missstände aufmerksam. In einem Interview für die Rheinland-Pfalz-Seiten der VdK-Zeitung sagt sie: „Barrierefreiheit ist nicht kompliziert. Man kann sich schnell in die Materie einarbeiten, muss mit offenen Augen durch die Welt gehen und sich trauen, wenn es nötig ist.“ **Sebastian Heise**

Von barrierefreiem Wohnraum bis zu Untertiteln im TV

Der Sozialverband VdK setzt sich von Anfang an für Barrierefreiheit ein und stellt verschiedene Forderungen an die Politik

„Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben.“ So beginnt ein vom vergangenen VdK-Bundesverbandstag beschlossener Antrag. Hier einige der wichtigsten VdK-Forderungen.

Bauen und Wohnen

Der Sozialverband VdK fordert, dass Neubauten barrierefrei gestaltet werden. Ein deutlich höherer Anteil als bisher muss uneingeschränkt mit Rollstuhl nutzbar sein. In der Städtebauförderung soll die Barrierefreiheit mit in die Fördervoraussetzung aufgenommen werden. Ähnlich wie bei der Umweltprüfung muss eine Prüfung zur Barrierefreiheit bei der Aufstellung von Bauleitplänen eingeführt werden. Die Kommunen sollen die Einhaltung der bestehenden Vorgaben zum barrierefreien Bauen systematisch kontrollieren und Nichteinhaltungen sanktionieren.

Verkehr

Bahn, öffentlicher Personennahverkehr und Individualverkehr müssen für alle nutzbar sein. Der VdK plädiert für eine umfassende Weiterentwicklung der rechtlichen Bestimmungen zur Barrierefreiheit. Die Vorgaben sollen verbindlich sein und schneller als bisher umgesetzt werden. Der Bund soll Länder und Kommunen zweckgebunden fördern, damit diese ihrer Verpflichtung zur vollständigen Barrierefreiheit nachkommen. Der VdK fordert ein bundesweites Förderprogramm für die Beschaffung barrierefreier Fahrzeuge für kleinere Taxiunternehmen insbesondere in ländlichen Gebieten. Flugzeuge sollten mit vergrößerter Bordtoilette und Bordrollstuhl ausgestattet sein.

Einkaufen und Freizeit

Neben allen öffentlichen Stellen, wie Städte, Gemeinden, Landkreise oder der Bund, sollte auch die Privatwirtschaft, also Firmen und Betriebe, zur Barrierefreiheit gesetzlich verpflichtet werden. Das heißt, alle Produkte des täglichen Bedarfs sollten entsprechend gestaltet sein. Der VdK fordert, eine zentrale, frei zugängliche Datenbank auf Bundesebene einzurichten, auf der Informationen über alle Produkte und Dienstleistungen erfasst werden, die die Anforderungen zur Barrierefreiheit nicht oder nur teilweise erfüllen. Auch Geschäfte müssen so zugänglich sein, dass jeder uneingeschränkt einkaufen und Dienstleistungen nutzen kann. Freizeitangebote sollten ebenfalls für jede interessierte Person erreichbar sein. Auch Ladestationen für Elektroautos müssen barrierefrei sein.

Medien

Klassische Medien wie Fernsehen und Radio, aber auch Medienplattformen und Internetdienste sind oft nicht barrierefrei nutzbar. Hier besteht großer Nachholbedarf. Dazu gehören Untertitelung und Gebärdensprachdolmetschung, Audiodeskription sowie verständliche Sprache und die Übersetzung in Leichte Sprache. Der Sozialverband VdK fordert, dass Medienanbieter technisch sicherstellen, dass behinderungsbedingt notwendige Hilfsmittel uneingeschränkt genutzt werden können.

Sebastian Heise

Neue Grundsicherung sieht Verschärfungen vor

Sozialverband VdK kritisiert geplante Reform wegen besonderer Härten für kranke, schwerbehinderte und ältere Menschen

Das bisherige Bürgergeld soll durch die neue Grundsicherung ersetzt werden. Der Sozialverband VdK sieht damit verbundene Neuregelungen mit großer Sorge. Sie würden in vielen Fällen Menschen in schwierigen Lebenssituationen vor weitere unüberwindbare Hürden stellen, anstatt sie bei deren Überwindung zu unterstützen.

Die Reform des Bürgergelds wurde häufig damit begründet, dass Kosten gespart und Missbrauch eingedämmt werden müssen. Ganz davon abgesehen, dass nachweislich nur ein sehr kleiner Teil der Beziehenden das System tatsächlich ausnutzt, befürwortet der VdK angemessene Maßnahmen gegen kriminellen Missbrauch.

Allerdings gehen die Reformpläne der Bundesregierung weit über dieses Ziel hinaus. Sie widersprechen im Kern in mehreren Punkten dem Sozialstaatsverständnis des VdK. Ihre Umsetzung könnte gerade für kranke, ältere und schwerbehinderte Menschen verheerende soziale Folge haben.

Nicht erreichbar

Wer dreimal Termine beim Jobcenter versäumt, würde als nicht erreichbar eingestuft und seinen Anspruch auf Leistungen komplett verlieren. Das Amt könnte theoretisch in einem kurzen Zeitraum Termine anberaumen. Ob die Person diese nicht wahrnehmen kann, weil sie schwer erkrankt ist oder sich im Krankenhaus befindet, wird nicht geprüft. Im schlimmsten Fall kann es passieren, dass man nach einem Krankenhausaufenthalt nach Hause kommt, keine Leistungen mehr erhält, die Miete nicht bezahlt ist und die Wohnungskündigung droht.

Die Kosten für die Unterkunft, die das Jobcenter trägt, dürfen jetzt schon nicht die lokale Angemessenheitsgrenze übersteigen. In Ausnahmefällen und in der einjährigen Karenzzeit übernahm das Jobcenter auch höhere Mieten. Aber selbst in diesen Ausnahmesituationen sollen die Mietkosten jetzt auf das Anderthalbfache der Angemessenheitsgrenze gedeckelt werden. Sehr viele Mietpreise liegen in der Realität aber immer noch weit darüber. Diese Regelungen würden auch besonders schutzwürdige Gruppen wie Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, verdeckten psychischen Erkrankungen, Pflegebedürftige und Menschen mit einer Schwerbehinderung betreffen und in ihrer Existenz bedrohen. Sie sind zudem für Beziehende von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung geplant.

Vermieter verklagen

Wohnkosten, welche die gemäß Mietpreisbremse zulässige Höhe überschreiten, werden als unangemessen bewertet und nicht mehr übernommen. Der Leistungsempfänger soll verpflichtet werden, den Vermieter zu verklagen, damit dieser die Mietpreisbremse einhält und die Miete absenkt. Wer dem nicht nachkommt, muss befürchten, wegen Mietschulden seine Wohnung zu verlieren.

VdK-Präsidentin Verena Bentele warnt: „Die Grundsicherung ist das letzte soziale Netz, das wir haben. Wenn es jetzt diese großen Löcher bekommt, droht eine neue Dimension von Armut und Obdachlosigkeit.“ **Jörg Ciszewski**

Rehamaßnahmen wirken

Bedarf steigt – Studie belegt Nutzen

Erwerbstätige in Deutschland haben zunehmend Bedarf an medizinischer Rehabilitation. Die Zahl der Anträge legte zu. Gleichzeitig belegt eine aktuelle Studie den volkswirtschaftlichen Nutzen von Rehamaßnahmen.

Mehr als 1,6 Millionen Anträge auf medizinische Rehabilitation wurden 2024 gestellt, wie die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Bund vor Kurzem mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Plus von einem Prozentpunkt. Rund 1,2 Millionen Rehamaßnahmen wurden 2024 bewilligt und etwas mehr als eine Million durchgeführt. Die häufigste Indikation sind orthopädische Erkrankungen mit rund 37 Prozent. An zweiter Stelle liegen psychische Erkrankungen (Frauen: 22 Prozent, Männer: 13 Prozent), gefolgt von onkologischen und hämatologischen Erkrankungen.

Die Rentenversicherung finanzierte 2024 zudem 118 000 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, auch als „berufliche Rehabilitation“ bekannt. Den größten Anteil (61 000) hatten die Maßnahmen zum Erhalt oder Erwerb eines Arbeitsplatzes. In 21 200 Fällen wurden Leistungen zur beruflichen Bildung, wie Umschulungen oder Fortbildungen, bezahlt.

Rund 8,3 Milliarden Euro gab die Deutsche Rentenversicherung 2024 für Rehaleistungen aus. Nach einer aktuellen Studie der DRV Bund lohnen sich diese Ausgaben in mehrfacher Hinsicht: für den Einzelnen, der einen Rehabilitationsbedarf hat. Nach Abschluss der Maßnahmen können die meisten nach der Reha wieder arbeiten. Die Beschäftigungsquote steigt in den Monaten danach auf 75 Prozent. Bei denjenigen, die die Reha nicht antreten, liegt sie 13 bis 21 Prozentpunkte darunter.

Rehabilitationen lohnen sich auch für die Gesellschaft. Wie die DRV erläutert, sorgt ein investierter Euro bereits nach einem Jahr für einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 2,22 bis 2,95 Euro. Nach zwei Jahren sind es sogar 4,60 bis 5,28 Euro.

Der Sozialverband VdK unterstützt seine Mitglieder, wenn ihnen Rehamaßnahmen nicht genehmigt werden. **hei**

Grundrente bleibt verbesserungswürdig

Seit fünf Jahren werden Altersbezüge durch Zuschläge aufgebessert

Am 1. Januar 2021 startete die heftig diskutierte Grundrente. Ausgezahlt wurde der neue Zuschlag für langjährig Versicherte erst sieben Monate später, und bis heute gibt es noch immer viele Nachteile. So sind Ehepaare nach Ansicht des Sozialverbands VdK benachteiligt.

Vor kurzem hat sich das Bundessozialgericht mit der Grundrente beschäftigt. Eine verheiratete Klägerin bezog Altersrente und hätte allein gerechnet den Zuschlag aufgrund langjähriger Berufstätigkeit bekommen. Allerdings führte die Anrechnung des zu versteuernden Einkommens ihres Ehemanns dazu, dass der Zuschlag nicht gewährt wurde. Sie fühlte sich gegenüber unverheirateten Paaren benachteiligt, bei denen die Einkommen nicht verrechnet werden. Doch ihre Klage wurde von allen Instanzen bis zum Bundessozialgericht abgewiesen. Der VdK hatte sich von Anfang an gegen die Einkommensprüfung ausgesprochen, um solche Ungerechtigkeiten zu vermeiden, aber auch wegen der enormen Bürokratiekosten.

97 Euro im Schnitt

Mit der Grundrente sollen Rentnerinnen und Rentner bessergestellt werden, die lange gearbeitet, dabei aber unterdurchschnittlich verdient und daher relativ niedrige Altersbezüge haben. Häufig ist der Grundrentenzuschlag jedoch keine relevante Verbesserung, da er oft sehr niedrig ausfällt. Ende 2024 betrug der Zuschlag laut Deutscher Rentenversicherung Bund im Schnitt 97 Euro im Monat. Im Extremfall ist es sogar nur ein Cent mehr.

Etwa 1,4 Millionen Grundrentenzuschläge wurden am 31. Dezember 2024 bezahlt. Bei insgesamt mehr als 26 Millionen Renten entspricht dies einer Quote von 5,4 Prozent. Demnach bekommt etwa jede 19. Person mit gesetzlicher Rente einen Grundrentenzuschlag.

Wären nur die Zeiten von Rentenbeitragszahlungen sowie die Höhe der Rente relevant für einen Zuschlag, hätten im Jahr 2024 rund 2,75 Millionen Personen einen Grundrentenzuschlag bekommen. Doch knapp die Hälfte davon fiel durch die Einkommensprüfung.

Nach wie vor verursacht die Prüfung hohe Verwaltungskosten. Im Jahr 2023 waren es 107 Millionen Euro. Die Deutsche Rentenversicherung Bund betont jedoch, dass die Kosten unter anderem durch Optimierung der Verfahren niedriger als geplant ausfallen.

Die Bundesregierung hat eine Rentenkommission eingesetzt, die Anfang des Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese soll auch prüfen, wie die Grundrente zu einer armutsfesten Mindestrente für langjährige Beitragszahlende weiterentwickelt werden kann. Der Sozialverband VdK wird sich hier mit konstruktiven Vorschlägen einbringen. **Sebastian Heise**

Post-Covid-Patientin bekommt volle EM-Rente

VdK Hessen-Thüringen erstreitet eine Erwerbsminderungsrente sowie eine Nachzahlung in Höhe von 15 000 Euro

Christine Bihn hat 35 Jahre als Pflegekraft im Schichtdienst gearbeitet. An einen eigentlich ganz normalen Arbeitstag im März 2022 kann sie sich genau erinnern. Denn heute weiß sie, dass dieser Tag ihr Leben verändert hat.

Damals war ein Bewohner des Seniorenheims, in dem sie arbeitete, gestürzt. Als sie ihm half, nieste er ihr versehentlich ins Gesicht. Zu der Zeit waren in ihrem Landkreis Groß-Gerau viele Menschen mit dem Coronavirus infiziert.

Sie habe sich aus Sorge vor einer Ansteckung desinfiziert und testen lassen. Während ihr PCR-Test negativ ausfiel, war der des Bewohners positiv. Einige Tage später ergab ein weiterer Test bei ihr, dass sie sich doch infiziert hatte.

Symptome blieben

Das Virus warf sie aus der Bahn. Sie hatte starke Kopf- und Gliederschmerzen, litt unter Schwindel und Erschöpfung. „Ich lag eine Woche im Bett“, erinnert sich die 62-Jährige. Als die Symptome nach zwei Wochen weitgehend abgeklungen waren, ging sie wieder arbeiten. Doch sie merkte, dass sie noch nicht wieder gesund war. Ihr war weiter schwindlig und es kamen Gelenkschmerzen hinzu. Zeitweise konnte sie nicht greifen, weil ihre Finger steif waren.

„Oft ging ich nach der Arbeit direkt ins Bett“, erinnert sie sich. Diese Art von Erschöpfung kannte die 62-Jährige nicht. „Ich habe eine unendliche Schwäche empfunden und gemerkt, dass ich mich auch nachts nicht mehr erhole.“

Im August 2023 schrieb ihr Hausarzt sie schließlich dauerhaft krank. Es folgten ärztliche Behandlungen, unter anderem war sie in einer Schmerzklinik. Im September 2024 stellte ihr Hausarzt ein ausgeprägtes Post-Covid-Syndrom mit chronischem Fatigue-Syndrom fest.

Im Herbst begann sie eine vierwöchige Reha, aus der sie arbeitsunfähig, jedoch nicht erwerbsgemindert entlassen wurde. Daraufhin stellte sie bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente – und erhielt eine Ablehnung.

Mit dem VdK Hessen-Thüringen legte sie Widerspruch gegen die Ablehnung ein. Rechtsberaterin Jana Stein von der VdK-Bezirksgeschäftsstelle Darmstadt machte der DRV gegenüber deutlich, dass ihre Mandantin infolge einer Covid-19- Infektion eine krankhafte Erschöpfung sowie starke Körperschmerzen entwickelt hat, die als ME/CFS diagnostiziert wurden. Die Einschränkungen seien dauerhaft und voll erwerbsmindernd.

Daraufhin gab die DRV ein neurologisch-psychiatrisches Fachgutachten in Auftrag, das im Ergebnis eine volle Erwerbsminderung aufgrund von Post-Covid verbunden mit einem chronischen Müdigkeitssyndrom bestätigte.

Neues Gutachten

Die DRV lenkte ein – und im Oktober 2025 erhielt Bihm den Rentenbescheid. Darin wurden eine Erwerbsminderungsrente von gut 1000 Euro und eine Nachzahlung ab 1. August 2024 in Höhe von rund 15 000 Euro berechnet. Diese Nachzahlung wurde zum großen Teil mit den Erstattungsansprüchen ihrer Krankenkasse und des Jobcenters verrechnet.

Die Folgen von Covid-19-Infektionen spielen laut Stein auch in Klageverfahren vor den Sozialgerichten eine immer größere Rolle. Kürzlich habe sie vor dem Sozialgericht Darmstadt einen Schwerbehindertenstatus im Zusammenhang mit dem Post-Covid-Syndrom erstritten. „Auffällig bei solchen Verfahren ist, dass die gesundheitlichen Einschränkungen durch ME/CFS und Post-Covid oft nicht angemessen gewürdigt werden. Erkrankte haben noch keine ausreichende Lobby“, berichtet Stein.

Christine Bihm hat sehr darunter gelitten, dass ihre gesundheitlichen Beschwerden häufig nicht ernst genommen wurden. „Ich bin froh, dass ich damals in der Situation den VdK angerufen habe. Da habe ich die Hilfe bekommen, die ich brauchte.“ **Jörg Ciszewski**

VdK erstreitet Zuschuss zum Badumbau

Pflegekasse eines Mitglieds lenkt nach Klage vor dem Sozialgericht ein

Erst als der VdK Nordrhein-Westfalen vor dem Sozialgericht klagt, gewährt die Pflegekasse einer an Demenz erkrankten Frau mit Pflegegrad 4 den Zuschuss zum Badumbau. Der Umbau ermöglicht den Angehörigen, die Seniorin weiterhin zu Hause zu pflegen.

Die 81-jährige Hedwig K.* litt unter fortschreitender Demenz und wohnte zusammen mit ihrem 92-jährigen Ehemann in einer Seniorenwohnanlage in Oberhausen. Mehrmals täglich und teilweise auch nachts kamen ihre Schwiegertochter oder ihr Sohn, um sie zu versorgen. Sie halfen beim Ankleiden, Duschen und beim Toilettengang sowie bei der Medikamentenabgabe. Hilfe von fremden Personen lehnte der Ehemann von Hedwig K., die einen Pflegegrad 4 hat, ab. Auch er benötigte im Alltag zunehmend Unterstützung, weil er nur noch eingeschränkt mobil war.

Pflegebedarf wächst

Im Laufe der Jahre verschlechterte sich die gesundheitliche Verfassung der Frau weiter und ihr Pflegebedarf wuchs. Um schneller helfen zu können, organisierte die Familie schließlich einen Umzug des Seniorenpaars, sodass diese in demselben Haus wie ihre pflegenden Angehörigen wohnten. In der Wohnung waren allerdings Umbauten notwendig. Der Sohn stellte bei der Pflegekasse einen Antrag auf Zuschuss für den Ausbau einer ebenerdigen Dusche.

Nach einer Prüfung durch den Sozialmedizinischen Dienst lehnte die Pflegekasse der Knappschaft-Bahn-See den beantragten Zuschuss zu den Umbaukosten allerdings ab. Die Kasse behauptete, der Umzug aus der Seniorenwohnanlage führe in eine pflegerisch schlechtere Situation im Haus der Schwiegertochter. Für die Schwiegertochter und ihren Mann war diese Begründung nicht nachvollziehbar. Sie legten Widerspruch ein und betonten, dass erst der Umzug ihnen eine weitere Pflege von Hedwig K. ermögliche. Für den Sohn und die Schwiegertochter bedeuteten die ständigen Fahrten zu den pflegebedürftigen Eltern eine hohe psychische Belastung, die mit dem Umzug wegfielen und die Pflegetätigkeit erheblich erleichterten. Ein Pflegeheim war für die beiden Senioren nicht infrage gekommen.

Umzug ist notwendig

Nachdem die Pflegekasse auch den Widerspruch zurückgewiesen hatte, wandte sich der Sohn an die VdK-Juristin Elahe Jafari-Neshat von der Rechtsabteilung des VdK Nordrhein-Westfalen in Dortmund. Die Rechtsberaterin klagte für das Mitglied vor dem Sozialgericht Duisburg gegen die Ablehnung. In der Klagebegründung stellte sie klar, dass die weitere Versorgung durch die Pflegepersonen nur bei einem Umzug gewährleistet werden kann. Jafari-Neshat wies zudem darauf hin, dass die Pflegekasse bei einer Überprüfung der beantragten Pflegeleistung nicht über die Notwendigkeit eines Umzugs zu befinden habe, weil das Recht auf Freizügigkeit gilt.

Stattdessen habe der Sozialmedizinische Dienst bei der Beurteilung versäumt, den hohen Grad der körperlichen Einschränkungen der Klägerin ausreichend zu berücksichtigen. Daraufhin lenkte die Pflegekasse schließlich ein und gewährte den maximalen Zuschuss für den Badumbau in Höhe von 4180 Euro. **Jörg Ciszewski**

*Name ist der Redaktion bekannt

Anerkennung beschleunigen

Münchener Projekt für ausländische Pflegekräfte

Im Ausland qualifizierte Pflegefachkräfte müssen ihren Berufsabschluss in Deutschland erst anerkennen lassen. Das Kompetenzzentrum für internationale Pflegekräfte in München möchte den Prozess vereinfachen.

Im Wirtschaftssektor der Pflegebranche ist der Fachkräftemangel eine große Herausforderung. Viele Arbeitgeber werben um internationale Pflegekräfte. Doch die Berufsanerkennung stellt hierzulande eine hohe Zugangsbarriere dar. So gilt das Prüfverfahren, um Bildungsabschlüsse zertifizieren zu lassen, als kompliziert und langwierig.

Um die Integration in Deutschland zu beschleunigen, wurde ein Kompetenzzentrum für internationale Pflege (KiP) eröffnet, das vom Bildungscampus der München Klinik betreut wird. Dieser hatte in einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für das Pilotprojekt bekommen. Das kommunal geförderte Modellprojekt ist eine Ergänzung zu bestehenden Pflegeschulen der Stadt.

Im KiP können bis zu 500 Pflegefachkräfte das Anerkennungsverfahren durchlaufen und so deutlich schneller eine Stelle in Deutschland übernehmen. Im besten Fall soll dies in nur drei Monaten gelingen. **ant**

Kompetente Ansprechpartner vor Ort

Dänische Kommunen spielen eine aktive Rolle in der häuslichen Pflege – als Koordinator und mit eigenen Pflegekräften

Die Kommunalverwaltung als zuverlässiger Ansprechpartner und Koordinator in der Pflege – das fordert der Sozialverband VdK. In Dänemark wird dieses Konzept schon seit dem Jahr 1973 erfolgreich umgesetzt.

Ein Blick über die deutsch-dänische Grenze zeigt, wie gute und zuverlässige Pflege vor Ort organisiert werden kann. Eine kleine Delegation aus der VdK-Bundesgeschäftsstelle ist im November 2025 nach Apenrade gereist, um sich das dänische Pflegesystem genauer anzusehen.

Die Kommune mit Stadt Apenrade hat rund 58 000 Einwohnerinnen und Einwohner und liegt nördlich von Flensburg, direkt hinter der Grenze zu Deutschland.

Die Stärke der dänischen Organisation von Pflege liegt darin, dass die dänischen Städte und Gemeinden seit über 50 Jahren gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Pflege vor Ort zu steuern und Leistungen selbst anzubieten.

Hilfe im Rathaus

Birgitt Møller Johannsen, Leiterin der Abteilung „Häusliche Pflege“ bei der Kommunalverwaltung Apenrade, erklärt: „In Dänemark gilt für alle Kommunen die gleiche gesetzliche Grundlage. Die Politik der jeweiligen Kommune entscheidet selbstständig, wie die Umsetzung vor Ort erfolgen kann. Die Bürger sollen die lokale Unterstützung für die Leistungen und Angebote erhalten, die sie gerade wirklich benötigen.“ Für dänische Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bedeutet das, dass sie im Rathaus Ansprechpersonen rund um die häusliche Pflege finden.

Wird eine Bürgerin oder ein Bürger pflegebedürftig, unterstützen sie Angestellte aus dem Dezernat „Soziales und Gesundheit“ der Stadtverwaltung dabei, den wirklichen Pflegebedarf herauszufinden. Ein Fallmanagement-Team bestehend aus Sozialarbeitern, Krankenpflegern und Sachbearbeitern, findet eine passende Pflegelösung und setzt sie vor Ort um. Ob die Angehörigen einer pflegebedürftigen Person mit in die häusliche Pflege eingebunden werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab: beispielsweise von Familienkonstellationen oder vom persönlichen Wunsch des Pflegebedürftigen. Die Kommunalverwaltung Apenrade organisiert die Pflege für rund 2400 pflegebedürftige Menschen. Dazu bietet sie den Großteil der ambulanten Pflege sowie die neun kommunalen Pflegeheime mit eigenen Pflegekräften an.

Der deutsche Krankenpfleger Gordon Ertel arbeitet seit dem Jahr 2008 in Dänemark und bringt die Vorteile des Systems auf den Punkt: „Der Patient steht hier definitiv im Vordergrund. Das ist keine Floskel, das wird wirklich so praktiziert in Dänemark.“

Kommt ein Patient oder eine Patientin pflegebedürftig aus dem Krankenhaus, dann ist der Pflegedienst der Klinik noch 72 Stunden für sie verantwortlich. Danach übernehmen die Pflegekräfte der Kommunen.

Auch die Verwaltung der Hilfsmittel liegt in kommunaler Hand. In einem zentralen Lager werden die unterschiedlichsten Hilfsmittel verwaltet. Dazu gehören auch die Wartung und Reparatur. Hier arbeiten mehrere Techniker, die sich um die Instandsetzung der Geräte kümmern: mal müssen Pflegebetten neu aufbereitet werden, mal müssen bei einem Rollator die Schrauben ausgetauscht werden.

„Ambulant vor Stationär“

Der VdK ist davon überzeugt, dass sich einige Elemente des dänischen Systems auf die Begebenheiten in Deutschland sehr gut übertragen lassen, beispielsweise die klare kommunale Verantwortung für Planung und Steuerung der häuslichen und stationären Pflege sowie präventive Hausbesuche und rehabilitationsorientierte Leistungen. Der zentrale Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ der gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland – verankert im Sozialgesetzbuch XI – wird in Dänemark konsequent umgesetzt und bietet gute Anknüpfungspunkte für eine kommunale Steuerung. **Julia Frediani**

VdK klagt gegen Zweckentfremdung

Der Sozialverband VdK hat Ende des vergangenen Jahres begonnen, mit ausgewählten Mitgliedern juristische Verfahren gegen die Zweckentfremdung von Beiträgen zur gesetzlichen Pflegeversicherung zu eröffnen und zu führen.

Nach einem Aufruf in der VdK-ZEITUNG im Herbst 2025 hatten sich rund 720 Mitglieder bei der Bundesrechtsabteilung gemeldet. Davon wurden 24 Personen ausgewählt, um außergerichtliche und gerichtliche Verfahren zu eröffnen. Konkret geht es um eine Zweckentfremdung von rund 5,2 Milliarden Euro. Zur Finanzierung von Corona-Maßnahmen hatte die Bundesregierung diesen Betrag der Pflegeversicherung entnommen und bis heute nicht zurückgezahlt. Erklärtes Ziel dieser Musterklagen ist es, dass die noch nicht zurückgezahlten Kosten der Pandemie aus dem Bundeshaushalt zurück in die Pflegeversicherung fließen und sie damit stabilisieren.

Der Zugriff auf den Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung zur Finanzierung von gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie stellt eine Verletzung des aus dem Grundgesetz abzuleitenden Gebots der Belastungsgleichheit dar. Die Entnahme der Versichertenbeiträge verstößt nach Auffassung des VdK zudem ganz allgemein gegen den zweckgebundenen Einsatz von Beitragsmitteln. **juf**

Leben mit einer Seltenen Erkrankung

Erst nach einer jahrelangen Odyssee durch die Arztpraxen erhielt Tanja Groß die Diagnose Stiff-Person-Syndrom

Vier Millionen Menschen haben Schätzungen zufolge in Deutschland eine Seltene Erkrankung. So wie Tanja Groß, die am Stiff-Person-Syndrom leidet, das zu einer schmerhaften Versteifung der Muskeln führt. Der Weg zur Diagnose und einer wirksamen Behandlung war lang und hat sie viel Kraft gekostet.

Tanja Groß leidet sehr unter angespannten Muskeln, die oft zu Krämpfen führen. Die Verspannungen treten plötzlich auf und sind teils so stark, dass sie sich nicht bewegen kann. Sie können durch Reize wie Lärm, Berührungen oder einen Schrecken ausgelöst werden. Auch nachts reißen die Krämpfe sie aus dem Schlaf.

Die 57-Jährige war unter anderem bei Schmerztherapeuten, Rheumatologinnen und Neurologen. Über drei Jahre dauerte die Diagnose. Eine Analyse des Nervenwassers und des Blutes in einem Labor für Autoimmunerkrankungen ergab schließlich, dass sie die komplexe neurologische Erkrankung Stiff-Person-Syndrom hat.

Kampf um Anerkennung

Auf dem Weg zur Diagnose fühlte sie sich nicht ernst genommen. „Wussten die Ärzte nicht weiter, haben sie mich in die psychologische Schiene geschoben“, erzählt Groß. Kompliziert blieb es, als es um die Anerkennung und Behandlung der Krankheit ging. Praxen, Kassen oder Ämter machten ihr das Leben schwer, weil sie kaum Erfahrung mit der Krankheit hatten – und lehnten ihre Anträge ab.

Das Stiff-Person-Syndrom ist eine sogenannte Seltene Erkrankung. Laut Deutscher Hirnstiftung erkrankt jährlich einer von einer Million Menschen neu daran. Als selten gilt eine Krankheit, wenn nicht mehr als fünf von 10 000 Menschen von ihr betroffen sind.

Es gibt mehr als 6000 Seltene Erkrankungen. Am 28. Februar wird der Tag der Seltenen Erkrankungen begangen, der von Eurordis, einem internationalen Zusammenschluss von Patientenorganisationen, ins Leben gerufen wurde. Ziel der Organisation ist, die Öffentlichkeit mit ihrer Arbeit auf die Belange Betroffener aufmerksam zu machen.

Auch Tanja Groß ist es gewohnt, dass ihre Erkrankung vielen unbekannt ist. Erst als die Sängerin Celine Dion vor einigen Jahren öffentlich machte, dass sie das Stiff-Person-Syndrom hat, habe sich das ein bisschen geändert.

Anziehen, duschen, staubsaugen – alles fällt Tanja Groß mittlerweile schwer. An Lebensqualität zurückgewonnen habe sie, weil der VdK Hessen-Thüringen ihr hilft. Er konnte unter anderem durchsetzen, dass die Krankenkasse die Kosten für eine Cannabis-Therapie übernimmt. Damit kann sie nachts durchschlafen und andere hoch dosierte Medikamente reduzieren.

Präzisere Möglichkeiten

Fachleute beobachten, dass die Zahl der diagnostizierten Menschen mit Seltener Erkrankungen zunimmt. Das liegt vor allem auch daran, dass die Medizin über immer präzisere Diagnosemöglichkeiten verfügt. Um eine Diagnose zu stellen, werden das Wissen und die Erfahrung von Spezialistinnen und Spezialisten verschiedener Fachbereiche benötigt. Am Berliner Centrum für Seltene Erkrankungen (BSCE) der Charité tauschen sich in interdisziplinären Fallkonferenzen beispielsweise Fachärztinnen und -ärzte der Inneren Medizin, Neurologie, Hämatologie oder anderer Spezialgebiete aus, um Menschen mit unklaren Erkrankungen zu helfen und ihnen eine Therapie zu ermöglichen.

Spezialisierte Zentren

Mittlerweile gibt es deutschlandweit 37 Zentren für Seltene Erkrankungen. An manchen Zentren ist eine Überweisung der behandelnden Haus- oder Facharztpraxis notwendig, um als Patientin oder Patient aufgenommen zu werden. Der weitere Prozess unterscheidet sich abhängig davon, ob eine Diagnose vorliegt sowie von Zentrum zu Zentrum. Die Kapazitäten an den Zentren sind unter Umständen begrenzt.

Tanja Groß hatte sich 2017 an das Zentrum für Seltene Erkrankungen in Frankfurt gewandt. Sie sei aber ohne Begründung nicht als Patientin aufgenommen worden.

Auch wenn sich seitdem die Arbeit der Zentren erweitert und professionalisiert hat, kann es immer noch zu langen Wartezeiten kommen. Eine Liste mit den Zentren für Seltene

Erkrankungen sowie ein Atlas mit deren Stand-orten findet sich auf der folgenden Webseite.

Jörg Ciszewski

↗ www.se-atlas.de

Angst vor einer Diagnose

Studie: Viele meiden medizinische Informationen

Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland möchte nichts über mögliche schwere Erkrankungen wissen – auch wenn sie potenziell selbst betroffen sind. Zu diesem Ergebnis kommt das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in einer aktuellen Studie.

Am höchsten war die Vermeidungsquote bei den unheilbaren Erkrankungen Alzheimer und Chorea Huntington. Hier lag sie bei 41 beziehungsweise 40 Prozent. Bei der HIV-Infektion sowie bei Krebs betrug sie 32 beziehungsweise 29 Prozent. Am geringsten fiel das Vermeidungsverhalten mit 24 Prozent bei Diabetes mellitus aus.

Die Forschenden analysierten 92 Studien aus 25 Ländern inklusive Deutschland mit insgesamt mehr als 560 000 Teilnehmenden. Im Mittelpunkt stand die Frage, warum nur wenige Menschen Angebote wie Check-ups, Vorsorge und Früherkennung wahrnehmen. Konkret bedeutet das, dass viele Arztbesuche hinauszögern oder vermeiden, medizinische Tests nicht durchführen lassen oder deren Ergebnisse nicht zur Kenntnis nehmen oder Aufklärungsmaterialien ignorieren.

Mangelndes Vertrauen

Die Forschenden identifizierten 16 Faktoren für dieses Vermeidungsverhalten. Dazu zählten in erster Linie Gefühle der Überforderung – etwa, weil eine Erkrankung komplex und belastend sein kann – sowie ein geringes Gefühl der Selbstwirksamkeit, also der Eindruck, die eigene Gesundheit nicht selbst beeinflussen zu können. Daneben spielten die Angst vor Stigmatisierung, wie sie bei einer HIV-Infektion auftreten kann, und mangelndes Vertrauen in das Gesundheitssystem eine große Rolle.

Studienautor Konstantin Offer schließt aus den Ergebnissen, dass die Steigerung des Vertrauens in das Gesundheitssystem zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit medizinischen Informationen führen könnte. Dies wäre ein Schlüssel, um Krankheiten möglichst früh zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. **ken**

Brennende Schmerzen

Herpes zoster – ein geschwächtes Immunsystem befördert Gürtelrose

Wer als Kind Windpocken hatte, kann an einer Gürtelrose erkranken. Die Erreger schlummern oft Jahrzehntelang im Körper und können bei einem geschwächten Immunsystem reaktiviert werden. Eine Impfung kann das Risiko einer Erkrankung senken.

Eine Gürtelrose, auch Herpes zoster genannt, verursacht brennende Schmerzen und einen Hauthausschlag aus flüssigkeitsgefüllten Bläschen. In der Regel zieht sich dieser auf einer Körperseite wie ein Gürtel über den Rumpf. Der Ausschlag kann aber auch im Gesicht, an Augen und Ohren auftreten.

Im Verlauf der Erkrankung verkrusten die Bläschen und heilen schließlich ab. Bei den meisten Menschen verschwindet eine Gürtelrose in der Regel von allein, erklärt das Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (BIÖG).

Schnelle Diagnose

Die Flüssigkeit in den Bläschen ist ansteckend, sodass sich auch Menschen infizieren können, die noch keine Windpocken hatten. Eine schnelle Diagnose und Behandlung können helfen, Komplikationen zu vermeiden. Deshalb sollten Betroffene bei Beschwerden und Hautveränderungen frühzeitig eine Hausarztpraxis aufsuchen. Dort können auch Fieber, Schmerzen und Ausschlag behandelt werden.

Schädigen die Varizella-Zoster-Viren die Nerven, kann es deutlich länger dauern, bis Schmerzen wieder abklingen. Etwa zehn bis 20 Prozent der Erkrankten sind nach Angaben der Krankenkasse AOK von der sogenannten Post-Zoster-Neuralgie betroffen.

Das BIÖG weist darauf hin, dass vor allem ältere Menschen und Personen mit einer geschwächten Immunabwehr gefährdet sind. Zudem haben Menschen mit ausgeprägten chronischen Grunderkrankungen ein erhöhtes Risiko, an einer Gürtelrose zu erkranken.

Deshalb empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) allen Personen über 60 Jahren und allen chronisch Erkrankten über 50 Jahren eine Impfung mit einem Totimpfstoff. Diese Empfehlung hat die STIKO nun auch auf Personen ab 18 Jahren erweitert, die an einer Immunschwäche oder an schweren Formen bestimmter Grunderkrankungen leiden. Dazu zählen beispielsweise Asthma bronchiale, chronisch-entzündliche Darmerkrankungen, chronische Niereninsuffizienz, rheumatoide Arthritis oder Diabetes mellitus.

Der Impfstoff gilt nach Angaben des Robert Koch-Instituts als zuverlässig. Patientinnen und Patienten können sich bei Fragen zur Impfung an die Hausärztinnen und Hausärzte wenden.

Diese informieren über den Nutzen und die möglichen Nebenwirkungen einer Impfung. **Kristin Enge**

Cortisonsalbe nur kurzfristig anwenden

Dermatologe gibt Tipps für sensible Haut und erklärt, worauf bei der Therapie zu achten ist

Cortisonhaltige Salben bekämpfen erfolgreich entzündliche Hauterkrankungen. Doch der Wirkstoff hat auch Nebenwirkungen. Dr. Fritz Lax, Mitglied im Berufsverband der Deutschen Dermatologen, erklärt, wie Cortison vor allem bei langfristiger Anwendung der Haut schadet und mahnt zur Vorsicht bei rezeptfreien Präparaten.

Cortison als Medikament ist dem körpereigenen Hormon Cortisol nachempfunden. Der Wirkstoff hat den Vorteil, dass er Entzündungen unterdrückt. „Bei Erkrankungen der Haut wie Sonnenbrand, Schuppenflechte oder Neurodermitis lindern cortisonhaltige Salben rasch die Beschwerden“, sagt Lax.

Doch bei der Therapie ist einiges zu beachten, um Nebenwirkungen gering zu halten. Der Dermatologe rät, ganz nach dem Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen“, bereits bei einer beginnenden Entzündung mit einer Cortisontherapie zu starten. „Das Ziel ist, die Entzündung komplett zu bekämpfen, sonst flammt sie wieder auf.“ Er vergleicht die Anwendung mit dem Löschen eines Feuers: „Wer einen kleinen Brandherd frühzeitig bekämpft, ist bei nur geringem Wasserverbrauch erfolgreich. Bei einem Großbrand benötigen Einsatzkräfte viel mehr Wasser und verursachen oft einen Löschwasserschaden“, sagt der Facharzt.

Für Menschen mit einer Neurodermitis-Erkrankung gilt: Sobald sich ein Schub andeutet, sollte auf die betroffene Haut ein bis zweimal täglich dünn Cortisonsalbe aufgetragen werden. Das unterdrückt den Schub. Eine kleine 10- bis 25-Gramm-Tube Cortisonsalbe reicht so meist lange aus, sagt der Hautarzt.

Keine „Sorgenfrei-Salbe“

Ein Cortisonpräparat ist keine „Sorgenfrei-Salbe“, die man bedenkenlos großflächig und dauerhaft anwenden darf, warnt der Dermatologe. Wer glaubt, frei verkäufliche Cortisonsalben, die den Wirkstoff in geringerer Konzentration enthalten, wären harmlos, der irrt. „Eine solche Salbe verursacht fast dieselben Probleme wie rezeptpflichtige Salben mit einer höheren Dosis Cortison“, mahnt der Spezialist. Schon ein paar Tage Anwendung führen zu einer Verdünnung der Haut. Insbesondere, wenn das Medikament länger verabreicht wird, kommt es zu Nebenwirkungen.

Wenn die Behandlungsdauer kurz war, hält sich der Schaden jedoch noch in Grenzen. „Nach vier bis sechs Wochen ist er wieder behoben“, beruhigt Lax. Schäden, die durch dauerhafte Cortisontherapie entstanden sind, lassen sich hingegen nicht reparieren. Der Dermatologe sieht einer Patientin oder einem Patienten eine langfristige Cortisonanwendung an: Das Medikament führt dazu, dass Unterhautfettgewebe fehlt, wodurch die Haut dünner wird. Sie hat eine gelbliche Farbe, und die Venen zeichnen sich stärker ab. Das Auffälligste, vor allem bei jahrzehntelanger Anwendung, sind blaue Flecken. Denn selbst bei leichtem Anstoßen der geschädigten Haut entsteht an der Stelle sofort ein blauer Fleck.

Lax besucht auch Menschen, die in Alten- oder Pflegeheimen wohnen. Dort begegnen ihm häufig Bewohnerinnen und Bewohner mit Juckreizerkrankungen wie Prurigo. „Ich versuche den Einsatz von Cortisonsalbe auf das Notwendigste zu beschränken. Für die anschließende Therapie gibt es Präparate, die antientzündlich wirken, aber kein Cortison enthalten“, sagt er.

Trockene Haut pflegen

Die tägliche Pflege trockener, sensibler Haut ist sehr wichtig. Lax: „Sie braucht die richtige Balance zwischen Fett und Feuchtigkeit. Ich setze gerne fettige Präparate in Kombination mit Harnstoff ein. Dieser sorgt dafür, dass die Hautzelle das Wasser länger halten kann.“ Der Experte empfiehlt seinen Patientinnen und Patienten, sich morgens und abends am ganzen Körper einzukrempeln.

Elisabeth Antritter

Mangelernährung hat viele Ursachen

Erkrankung wird bei Älteren sowie bei Menschen mit Übergewicht oder mit Diabetes Typ 2 oft übersehen

Mangelernährung betrifft nicht nur Entwicklungsländer. Besonders gefährdet in den wohlhabenden Industrienationen sind Ältere, Patientinnen und Patienten mit chronischen Erkrankungen, aber auch Menschen mit Adipositas oder Diabetes Typ 2.

Mangelernährung gilt als eigene Erkrankung, da es durch die unzureichende Aufnahme oder Verwertung von Energie und Nährstoffen zu ernsthaften körperlichen und geistigen Funktionseinschränkungen kommen kann. Wer zu wenig Kalorien, Proteine, Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente aufnimmt, baut körperlich ab. Die Folgen können eine erhöhte Sturzgefahr, ein geschwächtes Immunsystem, schlechte Wundheilung, Antriebslosigkeit und Herzrhythmusstörungen sein.

„Wir beobachten, dass bei unterernährten Patientinnen und Patienten nach Operationen häufiger Komplikationen auftreten“, sagt Prof. Dr. Jürgen Bauer, Ärztlicher Direktor des Geriatrischen Zentrums am Universitätsklinikum Heidelberg und künftiger Präsident der

Deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin. Um festzustellen, ob eine Mangelernährung vorliegt, sollte in Kliniken routinemäßig ein Screening durchgeführt werden, fordert er. Dabei werden individuelle Verzehrmenge, Appetit, Gewichtsverlauf und gegebenenfalls körperliche Symptome erfasst. Ziel ist es, durch eine Ernährungstherapie die Defizite auszugleichen und den körperlichen Abbau zu stoppen, damit die Patientin oder der Patient besser genesen kann.

Weniger Appetit im Alter

Die Ursachen für Mangelernährung sind vielseitig. Werden zu wenig Kalorien aufgenommen, kann ein Appetitmangel dahinterstecken. „Ältere Menschen haben oft weniger Hunger und sind schneller satt“, stellt Bauer fest. Das Geschmacksempfinden verändert sich im Alter. Auch Medikamente, Mundtrockenheit und Probleme mit den Zähnen können dazu beitragen, dass die Lust auf Essen nachlässt. Betagten Menschen mit Appetitstörungen rät der Experte deshalb zu einer energiedichten Ernährung mit geringem Volumen, sodass die Betroffenen „mit wenigen Bissen ausreichend Kalorien und Proteine zu sich nehmen“.

Ein weiterer Grund für Mangelernährung kann eine niedrige Altersrente sein. Während Wohnen immer teurer wird, muss das Geld an anderer Stelle eingespart werden. „Wenn die Menschen älter sind, treibt sie nicht mehr der Hunger. Das heißt, sie achten oftmals nicht mehr auf ausreichende Mengen und gute Qualität“, so der Mediziner. Viele schämten sich auch, zur Tafel zu gehen und damit ihre Armut offen zu zeigen. Ein weiterer Grund könnte sein, dass viele Ältere nicht wissen, wie man sich gesund und ausgewogen ernährt.

Beim Thema Mangelernährung werden Menschen mit Adipositas oder Diabetes Typ 2 oft übersehen. „Man sollte nicht denken, dass Menschen mit hohem Körpergewicht nicht von diesem Problem betroffen sein können“, sagt Bauer. Auch sie können unter einem Vitamindefizit sowie einem Eiweiß- und Energiemangel leiden.

Muskeln bauen ab

Diabetiker sind deshalb gefährdet, weil ihr Körper sich schwerer tut, die Muskeln mit Energie zu versorgen. Adipositas kann zudem dazu führen, dass sich die Betroffenen wenig bewegen und die Muskeln verkümmern. Kommt eine ungewollte Gewichtsabnahme hinzu, wie etwa bei einer Erkrankung, wird das oft zunächst nicht bemerkt, und die Muskeln bauen weiter ab.

Das kann gefährliche Folgen haben: Mit nachlassender Kraft steigt die Sturzgefahr und damit das Risiko, pflegebedürftig zu werden. Ist die Mobilität erst einmal eingeschränkt, werden noch mehr Muskeln abgebaut.

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung mit frischem Obst, Gemüse, Vollkornprodukten und guten Fetten spielt beim Altern eine wichtige Rolle. Bauer empfiehlt, den vertrauten Ernährungsstil beizubehalten, damit der Appetit erhalten bleibt. Ein kleines Bäuchlein im Alter sei nicht schlimm. „Wenn man älter ist, braucht man Reserven“, betont der Geriater. **Annette Liebmann**

Keine Wirkung ohne Nebenwirkung

Auch bei frei verkäuflichen Arzneimitteln kann es Nebenwirkungen und Wechselwirkungen geben.

„Es gilt der Grundsatz: Keine Wirkung ohne Nebenwirkung“, sagt Ilias Essaida, Referent Gesundheitspolitik beim VdK Deutschland und ausgebildeter Apotheker. Zu Risiken solle in der Apotheke oder bei Ärztinnen und Ärzten nachgefragt werden. Besondere Vorsicht ist geboten, wenn Vorerkrankungen bestehen und mehrere Medikamente eingenommen werden müssen.

„Menschen, die regelmäßig fünf oder mehr verschreibungspflichtige Arzneimittel einnehmen, haben Anspruch auf eine Medikationsanalyse durch eine Apothekerin oder einen Apotheker, die von der Krankenkasse bezahlt wird“, betont Essaida. „Dann wird sich genau angeschaut, welche Arzneimittel wie in Wechselwirkung treten, und ob die Arzneimitteltherapie überhaupt geeignet und zielführend ist.“

Ein Medikament, das auch in der Selbstmedikation vorsichtig gehandhabt werden muss, ist zum Beispiel Johanniskraut, da es in den Stoffwechsel eingreift. Auch Schmerzmittel können problematisch sein. Da rezeptfreie Medikamente primär für die gelegentliche Anwendung durch an sich gesunde Menschen vorgesehen sind, sollten Menschen mit chronischen Erkrankungen immer fachkundigen Rat einholen. **pet**

Seufzen tut der Lunge gut

Tiefe Atemzüge halten das Organ elastisch

Seufzer drücken nicht nur Erleichterung aus, sondern halten auch die Lunge beweglich. Das hat eine Gruppe von Wissenschaftlern unter Federführung der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich herausgefunden.

Ein Seufzer ist ein tiefer Atemzug, bei dem man zuerst tief ein- und dann lange ausatmet. Dabei wird doppelt bis dreimal so viel Luft bewegt wie bei der normalen Atmung, und es werden abgelegene Lungenbereiche belüftet, die sonst nicht mit Sauerstoff versorgt werden. Seufzen erfolgt etwa alle fünf Minuten reflexartig, ohne dass der Mensch das merkt. Dieser Vorgang wird vom Atemzentrum im Hirnstamm automatisch gesteuert.

Tiefes Durchatmen hält die Lunge funktionsfähig. Das hängt mit einer eiweißreichen Flüssigkeit zusammen, die sich zwischen Rippen- und Lungenfell befindet. Dieser dünne Film ermöglicht es den Lungenflügeln, beim Ein- und Ausatmen reibungslos an der Brustwand zu gleiten. Die Gleitflüssigkeit besteht aus mehreren Ebenen. Unter einer steifen Grenzschicht liegen idealerweise weichere Schichten, die die Atmung erleichtern.

Im Labor haben die Forschenden verschiedener Universitäten untersucht, wie sich die Lungenflüssigkeit verhält, wenn sie aufgespannt und wieder verdichtet wird. Das entspricht in etwa den Bewegungen, die die Lunge beim Ein- und beim Ausatmen macht. Es wurden eine flache sowie eine tiefe Atmung simuliert und dabei jeweils die Oberflächenspannung der Flüssigkeit gemessen. „Diese Spannung beeinflusst, wie nachgiebig die Lunge ist“, erklärt Jan Vermant, Professor für weiche Materialien an der ETH Zürich.

Das Ergebnis: Bei keiner oder einer flachen Atmung erhöht sich die Oberflächenspannung der Lungenflüssigkeit, das Atmen fällt schwerer. Nach tiefen Atemzügen hingegen wird die ideale Schichtung des Films wiederhergestellt. Tiefes Durchatmen hilft also, die Struktur der Lungenflüssigkeit positiv zu verändern, sodass das Organ elastisch bleibt. Das erklärt, warum es so wohltuend ist, zwischendrin zu seufzen. **ali**

Geringe Teilnahme, aber hohe Bereitschaft

Studie stellt großes Potenzial für mehr Blutspenden in Deutschland fest

In Deutschland werden jeden Tag rund 15 000 Blutspenden benötigt. Doch immer wieder drohen Engpässe, nicht zuletzt, weil nur etwa drei Prozent der Bevölkerung regelmäßig Blut spenden. Dabei ist die Spendenbereitschaft hierzulande immens höher, wie eine repräsentative Studie des ADAC zeigt.

Blutspenden sind vor allem bei Unfällen, Operationen, aber auch zur Behandlung von Krankheiten und für die Herstellung von Medikamenten oft unverzichtbar. Eine Spende kann bis zu drei Leben retten. Rund 80 Prozent der Befragten erachten sie als gesellschaftlich wichtig, 65 Prozent zeigen sich grundsätzlich spendenbereit. Viele fühlen sich beim Gedanken daran jedoch unwohl oder haben Ängste. Überdurchschnittlich häufig betrifft das jüngere Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren.

Kommunikation wichtig

Gleichzeitig äußert die große Mehrheit in dieser Altersgruppe (70 Prozent), dass sie sich eine Spende grundsätzlich vorstellen kann. Nach Ansicht des ADAC kann hier Aufklärungsarbeit also besonders wirksam sein. Eine wichtige Rolle spielt die Kommunikation. 13 Prozent der Befragten gaben an, dass sie nach einem konkreten Aufruf zum Blutspenden gegangen sind. Bei Erstspenderinnen und Erstspendern lag die Quote sogar bei 48 Prozent. Viele Befragte wünschen sich praktische Erleichterungen, wie beispielsweise eine digitale Terminvergabe oder eine Benachrichtigung, wenn die eigene Spende zum Einsatz kam.

Wer spenden möchte, muss unter anderem gesund sowie über 18 Jahre alt sein und mindestens 50 Kilogramm wiegen. Weitere Informationen über die Voraussetzungen und den Ablauf von Blutspenden sowie über die verschiedenen Blutspendedienste vor Ort gibt es beim Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit unter www.blutspenden.de

Mirko Besch

Übertherapie bei Prostatakrebs vermeiden

Neue medizinische Leitlinie zur Früherkennung setzt auf Bluttests und engmaschige Überwachung

Prostatakrebs ist die häufigste Krebserkrankung bei Männern in Deutschland. Der bösartige Tumor der Vorsteherdrüse wird jedes Jahr etwa 65 000 Mal diagnostiziert. Seit Juli 2025 gibt es eine neue medizinische Leitlinie zur Früherkennung bei Prostatakrebs. Die VdK-Zeitung sprach mit einem Experten der Deutschen Gesellschaft für Urologie (DGU) darüber.

Bei fast der Hälfte aller Männer im mittleren Alter verändert sich die Prostata: Am häufigsten kommt es zu einer gutartigen Vergrößerung, doch manchmal steckt auch ein Tumor dahinter. Bei der Behandlung und auch, um Patienten unnötige Operationen und Einschränkungen im Alltag zu ersparen, wurde in den vergangenen Jahren auf eine geänderte Therapie gesetzt.

Erst einmal abwarten

Entscheidend bei der neuen Leitlinie, die auf dem neuesten Wissensstand beruht, ist: Wenn sich der Tumor als wenig aggressiv herausstellt, soll erst einmal abgewartet und der Patient engmaschig überwacht werden. Bisher wurde Patienten mit langsam wachsenden Tumoren auch eine Operation und Bestrahlung zur Behandlung mit entsprechenden Nebenwirkungen angeboten.

Der Bluttest auf das prostataspezifische Antigen (PSA) spielt bei der Vorsorge eine Schlüsselrolle, wie Prof. Dr. Frank König, Vertreter der niedergelassenen Ärzte im Vorstand der DGU, erklärt. König, der eine Professur an der Magdeburger Universität hat, betont: „Meine Empfehlung ist, mit 45 Jahren eine PSA-Messung zu machen, um einen Ausgangswert zu haben, und dann je nach Risikoabschätzung anzupassen, wie oft ein weiterer Bluttest gemacht werden muss, um nichts zu übersehen.“ In diesem Zusammenhang nennt König die „Probaste-Studie“ von Prof. Dr. Peter Albers vom Universitätsklinikum Düsseldorf, die darauf zielt, eine Überdiagnose und auch Übertherapie zu vermeiden. Die neue Leitlinie für die Urologen und Urologen hat sich auch an dieser Studie orientiert.

„PSA ist ein sehr wertvoller Tumormarker, weil damit eine echte Früherkennung möglich ist“, sagt König. Eine Risikoeinschätzung sollte immer dann erfolgen, wenn der PSA-Wert über 3 Nanogramm pro Milliliter (ng/ml) ist. Erst bei dieser Risikoabwägung ist die Tastuntersuchung durch den Enddarm notwendig. „Wenn der Vater oder der Bruder, also die nächsten Verwandten, Prostatakrebs haben, dann gibt es generell ein erhöhtes Risiko“, so König. Zudem sollten auch Lebensstilfaktoren wie Alkohol, Nikotin, Stress oder übermäßiger Fleischkonsum berücksichtigt werden.

Für die Diagnose ist die Größe der Prostata bei erhöhtem PSA-Wert ausschlaggebend. Diese wird mit Ultraschall bestimmt. Nur so können hohe PSA-Werte richtig eingeordnet werden. Eine sehr große Prostata produziert deutlich mehr PSA als eine kleine. Das heißt, bei einer kleinen Vorsteherdrüse ist ein Wert von 3 ng/ml wesentlich problematischer als bei einer großen Prostata.

MRT für die Diagnose

„Im Frühstadium zeigt das Prostatakarzinom oft keine spezifischen Symptome. Wenn es mit einer Vergrößerung der Prostata einhergeht, dann können es die normalen Beschwerden beim Wasserlassen sein, die man auch bei einer gutartigen Prostatavergrößerung hat, wie abgeschwächter Harnstrahl, häufiges Wasserlassen, nächtliches Wasserlassen, häufiger Harndrang“, sagt König. Bei solchen Symptomen, die auch die Lebensqualität negativ beeinflussen, sollte man zeitnah zum Arzt gehen. Grundsätzlich können auch Entzündungen oder Druck auf die Prostata den PSA-Wert erhöhen.

Wenn sich der Verdacht auf einen Tumor erhärtet, sollte laut König eine Kernspin-Untersuchung (MRT) der nächste Schritt sein. Es gibt Krebs mit einer sehr geringen Aggressivität, der keine Metastasen bildet, und aggressive Formen. Das MRT hilft hier bei der Differenzierung. „In der Leitlinie steht, dass bei Verdacht auf Prostatakrebs zuerst ein MRT gemacht wird, bevor eine Biopsie in Erwägung gezogen wird. Im Vergleich zu früher macht man um die Hälfte weniger Biopsien, weil es oft mehr geschadet als geholfen hat.“ Es werde gerade auch diskutiert, ob beim MRT ein Kontrastmittel unbedingt notwendig ist.

„Wenn man einen Tumor frühzeitig entdeckt, ist die Heilungschance sehr groß“, macht König Hoffnung. Prostatakrebs lasse sich heute in jedem Stadium behandeln. Es werde computergestützt bestrahlt und operiert. Gefürchtete Nebenwirkungen wie Inkontinenz oder Impotenz würden nur noch selten vorkommen.

König wirbt eindringlich für Früherkennung: „Wir haben die Vision, dass, wenn Männer frühzeitig PSA-Messungen machen und sich beobachten lassen, es dann nur in Ausnahmefällen passiert, dass jemand an Prostatakrebs stirbt.“ Ein Problem ist vorerst: Die Krankenkassen zahlen nicht automatisch für die empfohlenen Untersuchungen, PSA-Tests zur Vorsorge sind eine IGeL-Leistung, die die Krankenkassen nicht übernehmen. Der Mediziner plädiert dafür, dass sich dies ändert. **Petra J. Huschke**

Kletterhilfe für den sozialen Aufstieg

Katja Urbatsch unterstützt mit der Organisation „ArbeiterKind.de“ Studierende aus Nichtakademikerfamilien

Die finanziellen Möglichkeiten der Eltern entscheiden oft über den späteren Wohlstand und beruflichen Erfolg ihrer Kinder. Die gemeinnützige Organisation „ArbeiterKind.de“ will jungen Menschen den sozialen Aufstieg erleichtern und unterstützt Studierende aus Nichtakademikerfamilien.

Die soziale Mobilität ist in Deutschland zurückgegangen. Das zeigen die Ergebnisse einer Studie des ifo-Instituts für Makroökonomik und Befragungen. So hat sich der Einfluss der Vermögensverhältnisse der Eltern auf den sozialen Aufstieg der Kinder innerhalb einer Generation verdoppelt.

Immer häufiger gilt: Wer reiche Eltern hat, wird später auch ein hohes Einkommen erzielen, und Kinder von weniger betuchten Eltern werden im Erwachsenenalter nicht gut verdienen. Der soziale Aufstieg hängt oft stärker vom Geldbeutel der Eltern ab als von Fleiß, Leistung und Talent der Kinder.

Teure Bildung

Ein Schlüssel zu Wohlstand und beruflichem Erfolg ist Bildung. Katja Urbatsch unterstützt mit ihrer gemeinnützigen Organisation „ArbeiterKind.de“ junge Menschen, die als erste in ihrer Familie studieren. Sie beobachtet, dass insbesondere der Bildungserfolg stärker von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern beeinflusst wird als früher. „Studieren ist teurer als zu meiner Zeit“, sagt die 46-Jährige. Die Lebenshaltungskosten seien enorm gestiegen. Und die Semesterbeiträge lägen häufig bei 400, 500 Euro. Oft drohe das Studium aus finanziellen Gründen zu scheitern. Das könne sich eine Gesellschaft, die auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist, wirtschaftlich nicht leisten. „Gleichzeitig halte ich es für unsere Demokratie sehr wertvoll, dass in juristischen oder anderen akademischen Berufen viele Perspektiven eingebracht werden, auch von Menschen, die Einblick in nichtakademische Milieus haben“, so Urbatsch. Diese Vielfalt sei wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und das gegenseitige Verständnis.

BAföG reformieren

Sie weiß aus vielen Gesprächen, dass Studierende wenig Zeit für einen Nebenjob haben, weil das Studium eng getaktet ist. Daher wäre es notwendig, das BAföG – also die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Studierenden – neu auszurichten. „Aktuell erhalten nur rund zehn Prozent der Studierenden diese Förderung, obwohl viel mehr Studierende sie bräuchten. Aber die Anträge sind zu kompliziert und die Bearbeitung dauert zu lange. Das

schreckt viele ab.“ Zudem spiegele die Höhe des BAföGs nicht die Lebenshaltungskosten wider, so Urbatsch.

Verunsichert an der Uni

Doch es liege nicht ausschließlich an den hohen Kosten, dass von 100 Akademikerkindern ungefähr 78 studieren, während es von 100 Nichtakademikerkindern nur 25 sind. „Kinder aus Familien, in denen zuvor niemand studiert hat, trauen sich das Studium oft schlicht nicht zu. Als ich mit dem Studium begann, war ich gemeinsam mit meinem Bruder die erste in meiner Familie. Ich kam eigentlich mit einem größeren Selbstbewusstsein an die Uni, war dann aber völlig verunsichert“, erinnert sich Urbatsch. Sie habe gemerkt, dass andere Studierende größere Unterstützung von zu Hause erhielten, mehr Informationen hatten und das Netzwerk der Eltern nutzen konnten, um Praktika zu absolvieren. „Als ich mit einem Stipendium in die USA gegangen bin, hat das vieles verändert. Ich kam zurück und war selbstbewusster. Ich habe anderen geholfen, auch an ein Stipendium zu kommen. So bin ich dann in dieses Thema hineingerutscht.“

Bundesweit vertreten

Heute leitet sie eine Organisation mit mehr als 80 lokalen Gruppen und tausenden Ehrenamtlichen. „Wir haben Infostände an Unis und gehen in Schulen, informieren über Stipendien und BAföG. Wir erzählen unsere eigene Bildungsgeschichten und geben Tipps, wie sich das Studium finanzieren lässt. Außerdem bieten wir zum Beispiel Mentoring und Workshops für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger an“, sagt Urbatsch. „ArbeiterKind.de“ trage dazu bei, dass mittlerweile an allen Hochschulstandorten das Bewusstsein für Studierende aus Nichtakademikerfamilien wächst. „In ländlichen Regionen haben wir es ein bisschen schwerer, aber auch dort machen wir Fortschritte und besuchen viele Schulen“, erklärt Urbatsch. **Jörg Ciszewski**

Rekordtief beim Rauschtrinken

Die Zahl der Klinikbehandlungen von Kindern und Jugendlichen aufgrund einer Alkoholvergiftung fiel auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren, wie die Krankenkasse DAK informiert. Sie beruft sich auf aktuelle Auswertungen des Statistischen Bundesamts.

Bundesweit wurden im Jahr 2024 insgesamt 8781 Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 19 Jahren wegen Alkoholmissbrauchs im Krankenhaus behandelt. Darunter waren 4513 Jungen und 4268 Mädchen. Die Zahlen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Prozent. Doch Suchtexpertinnen und -experten gehen von einer hohen Dunkelziffer aus, erklärt die DAK.

Von den insgesamt 8781 Kindern und Jugendlichen waren 1419 Kinder zehn bis unter 15 Jahre alt. Die Mädchen waren in dieser Gruppe mit rund zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert.

Laut DAK sind die Zahlen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Einen Höhepunkt hatte das Rauschtrinken im Jahr 2012, als fast 26 700 junge Menschen mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Auch bei den Erwachsenen geht der Alkoholkonsum allmählich zurück, wie der aktuelle Epidemiologische Suchtsurvey (ESA) gezeigt hat. Suchtexpertinnen und -experten werten dies als Zeichen eines langsam, aber anhaltenden Trends. **ken**

Ängste werden chronisch

Besonders junge Mädchen leiden unter psychischen Problemen

Nach den Belastungen der Corona-Pandemie und unter dem Eindruck anhaltender Krisen haben immer mehr junge Menschen psychische Probleme. Betroffen sind vor allem Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren. Sie stehen im Fokus des aktuellen Kinder- und Jugendreports der Krankenkasse DAK.

Statistisch gesehen wurden demnach 66,5 von 1000 DAK-versicherten Mädchen wegen einer Angststörung behandelt. Das entspricht einem Anstieg um 53 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019. Die DAK schätzt, dass psychische Probleme bundesweit rund 75 500 jungen Mädchen zu schaffen machen.

Die Zahl der chronisch gewordenen Angststörungen, also von Erkrankungen, die über längere Zeit bestehen bleiben, hat sich im selben Zeitraum verdoppelt. Zudem sind auch mehr Depressionen und Essstörungen zu beobachten. Für die Analyse hat die DAK Daten ihrer rund 800 000 versicherten Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahren ausgewertet.

Neue Dimension

DAK-Vorstandschef Andreas Storm spricht von einer neuen Dimension psychischer Erkrankungen bei Jugendlichen. Die leise Hoffnung auf einen Rückgang sei nicht eingetreten. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht einen Teil dieser Generation verlieren“, so Storm. Er befürchtet, dass sich die Folgen der Erkrankungen bis ins Erwachsenen- und Berufsleben auswirken, und fordert eine bundesweite Initiative zur Stärkung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Ein weiteres Ergebnis des Reports: Immer mehr junge Mädchen leiden gleichzeitig an zwei psychischen Erkrankungen. Seit dem Jahr 2019 ist die Zahl derjenigen, die an einer Angststörung und einer Depression erkrankt sind, um rund 90 Prozent gestiegen. In allen Altersgruppen verharren die Fallzahlen bei Angststörungen, Depressionen und Essstörungen seit dem Jahr 2021 auf einem hohen Niveau.

Professor Christoph U. Correll, Direktor der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters an der Berliner Charité, sieht die Ursachen sowohl in der Pandemie als auch im Einfluss sozialer Medien. Dort ließen sich vor allem Mädchen von den unrealistischen Darstellungen beeinflussen, die mit der Wirklichkeit kaum vereinbar sind.

„Das erhöht das Stresslevel und kann die Ausprägung psychischer Erkrankungen fördern und vertiefen“, erklärt Correll.

Wie der DAK-Kinder- und Jugendreport verdeutlicht, brauchen Kinder und Jugendliche mehr Unterstützung in Deutschland. Expertinnen und Experten sehen Handlungsbedarf in Schulen, Familien sowie auch im Gesundheitssystem. **Kristin Enge**

Pläne für Barriereabbau greifen viel zu kurz

Sozialverband VdK kritisiert Entwurf der Bundesregierung zum Behindertengleichstellungsgesetz

Lange steckte die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) in der Abstimmung zwischen den Bundesministerien fest. Bei dem nun vorliegenden Gesetzentwurf sieht der Sozialverband VdK dringend Nachbesserungsbedarf.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte der VdK mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) einen offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz geschickt. Darin forderten die Verbände gemeinsam die zügige Reform des BGG.

Dass sich die Bundesregierung Ende November auf einen Gesetzentwurf einigte, begrüßt der VdK. Positiv wertet er auch, dass darin das Benachteiligungsverbot für staatliche Stellen und private Unternehmen neu geregelt und Firmen grundsätzlich zu angemessenen Vorkehrungen beim Abbau von Barrieren verpflichtet werden sollen. Das entspricht der langjährigen VdK-Forderung, dass Barrierefreiheit überall gewährleistet sein muss, wo Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Zu wenig Klarheit

Allerdings bleibt der Gesetzentwurf bei der konkreten Ausgestaltung weit hinter den Erwartungen zurück. Private Anbieter von Waren und Dienstleistungen werden nicht ausreichend in die Verantwortung genommen. Unklare Formulierungen im Gesetz könnten es Firmen ermöglichen, sich ihrer Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen zu entziehen. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die im Einzelfall geeignet sind, damit ein Mensch mit Behinderung gleichberechtigt teilhaben kann.

Aus Sicht des VdK ist die geplante Einstufung aller baulichen und anderen Änderungen an Gütern und Dienstleistungen als unangemessen nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. Sie könnte bedeuten, dass sogar das Anbringen eines Griffes in der Toilette als unverhältnismäßige Belastung gilt.

Auch die Gesetzesbegründung sorgt für Kritik. In einem Lokal soll das Verrücken von Tischen für einen Rollstuhl als unzumutbar gelten, wenn der Gastronom belegen kann, dass ihm dadurch wegen des Platzverlusts Umsatz entgeht. Für kleine Gaststätten könnte eine unverhältnismäßige Belastung sein, die Speisekarte in einer barrierefreien Datei zu erstellen.

Kritisch sieht der VdK zudem, dass bei Stufen, die in ein Lokal führen, in der Gesetzesbegründung die Außer-Haus-Lieferung als angemessene Vorkehrung beschrieben ist. Das würde in einem solchen Fall bedeuten, dass eine Person im Rollstuhl das Restaurant nicht mehr mit einem Freund oder einer Freundin besuchen könnte. Er müsste sich mit der angemessenen Vorkehrung zufriedengeben, dass das Essen zu ihm nach Hause geliefert werden kann.

Auch beim Rechtsschutz sieht der VdK Änderungsbedarf. Menschen mit Behinderung, die von privaten Unternehmen benachteiligt wurden, können keinen Schadensersatz verlangen. Und Verbandsklagen beschränken sich weiterhin nur auf die Feststellung eines Verstoßes. Ohne rechtliche Durchsetzung bleibt das Benachteiligungsverbot gegenüber privaten Unternehmen für Betroffene dadurch weitgehend wirkungslos.

Neuer Entwurf nötig

Der Gesetzentwurf sollte bereits am 17. Dezember 2025 vom Kabinett beschlossen werden, wurde aber von der Tagesordnung genommen. Der VdK befürchtet, dass der Entwurf verzögert werden soll und sich weiter verschlechtert.

Davor warnt VdK-Präsidentin Verena Bentele. Sie fordert stattdessen die Bundesregierung dringend auf, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung endlich ernst zu nehmen und den vorliegenden BGG-Entwurf nachzubessern. „Am Ende profitieren alle von Barrierefreiheit“, so Bentele. **Jörg Ciszewski**

Finanzämter erhalten GdB automatisch

Bisher mussten alle, die den Behinderten-Pauschbetrag steuerlich geltend machen wollten, Bescheide oder Ausweise in Papierform oder als Scan beim Finanzamt einreichen. Seit 1. Januar übermitteln die Versorgungsbüros die Daten automatisch und digital an die Finanzämter, wenn sie einen Grad der Behinderung (GdB) neu feststellen oder diesen ändern.

Dann entfällt für die Betroffenen der Nachweis in der bisher üblichen Form. Das soll die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Wichtig: Schwerbehindertenausweise und Bescheide in Papierform, die vor dem 1. Januar ausgestellt wurden und noch gültig sind, werden weiterhin berücksichtigt – es sei denn, die Feststellungen ändern sich vor Ablauf der Gültigkeit.

Damit die Versorgungsbüros die Daten an die Finanzämter übermitteln können, müssen Betroffene künftig ihre Steuer-ID im Antrag auf GdB-Feststellung eintragen. Die elfstellige

Nummer ist etwa im Einkommensteuerbescheid oder auf der Lohnsteuerbescheinigung zu finden. Zudem müssen sie der Datenübermittlung zustimmen.

Der Behinderten-Pauschbetrag wird als Nachteilsausgleich gewährt. Seine Höhe beträgt je nach GdB und Merkzeichen zwischen 384 und 2840 Euro pro Jahr, bei den Merkzeichen „Bl“ oder „H“ bis zu 7400 Euro. Durch die Neuerung reicht es, in der Steuererklärung künftig nur den GdB und das Merkzeichen einzutragen. **ken**

Mit Merkzeichen „B“ Bahntickets kaufen

Wer einen deutschen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“ hat, kann den Sitzplatz für die Begleitperson nun im Online-Portal der Deutschen Bahn (DB) sowie in der DB-Navigator-App buchen. Der Gang in ein DB-Reisezentrum oder ein Anruf bei der Mobilitätsservicezentrale werden damit überflüssig.

Der Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“ wird jetzt im Online-Portal und im DB-Navigator unter dem Menüpunkt „Ermäßigungen“ aufgelistet. Dort kann der Punkt „SBA, B ohne Rollstuhlplatz“ bei der Suche und der Buchung einer Zugverbindung direkt ausgewählt werden. Die Begleitperson wird dann automatisch als kostenfrei anerkannt und eine kostenfreie Sitzplatzreservierung hinzugefügt.

Im Zug müssen Reisende den Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“ bei der Kontrolle vorzeigen. Er gilt als Fahrtberechtigung für die Begleitperson.

Nach Angaben der DB steht die Option derzeit nur für Reisende mit Merkzeichen „B“ zur Verfügung. Ein Rollstuhlplatz kann noch nicht online reserviert werden.

Mit dem digitalen Fahrkartenkauf werden weitere digitale Services nutzbar. Darauf macht die DB aufmerksam. Dazu zählen etwa der Komfort Check-in, die Online-Stornierung von Tickets oder der Antrag auf eine Erstattung bei Verspätungen. **ken**

Inklusion in der Raumfahrt

Mit VdK-Mitglied Michaela Benthäus fliegt die erste querschnittsgelähmte Person ins Weltall

Völlig schwerelos 100 Kilometer über der Erde – die Münchnerin Michaela Benthäus ist im Dezember als erste querschnittsgelähmte Person ins All geflogen. Damit ging für die 33-Jährige ein

Kindheitstraum in Erfüllung, an dessen Realisierung sie nach ihrem Mountainbike-Unfall 2018 zunächst nicht mehr geglaubt hatte.

Etwa elf Minuten dauerte die Reise mit der „New Shepard“, dem nach Alan Shepard benannten Raketen system von Blue Origin. Shepard war der erste US-amerikanische Astronaut im Weltraum und als Kommandant der Apollo-14-Mission der fünfte Mensch auf dem Mond. Das Raumfahrtunternehmen Blue Origin gehört Amazon-Gründer Jeff Bezos und ist für seine Kurztrips für Touristinnen und Touristen bekannt. Rund 80 zahlungskräftige Kunden waren bisher an Bord, unter anderem Musikerin Katy Perry und Schauspieler William Shatner.

Grenzen überwinden

Als Touristenflug sieht Benthäus, die als Ingenieurin bei der europäischen Raumfahrtbehörde ESA arbeitet, ihre Weltraumreise aber überhaupt nicht, sondern als Experiment. Sie will damit Grenzen überwinden, ein Signal für mehr Inklusion setzen und zeigen, dass eine Behinderung kein Hindernis für die Raumfahrt sein muss.

Mit dem früheren Raumfahrt-Ingenieur Hans Königsmann war zudem ein weiterer Deutscher an Bord der Rakete, die voll automatisiert – also ohne Piloten – fliegt und deren Besatzungskapsel Platz für insgesamt sechs Personen bietet. Die anderen vier Mitreisenden waren US-Unternehmer. Gemeinsam flogen die Astronauten an der Kármán-Linie vorbei, einer gedachten, international anerkannten Grenze 100 Kilometer über dem Meeresspiegel, die den Luftraum vom Weltraum trennt. Dort erlebten sie dann eine kurze Phase der Schwerelosigkeit. Für Benthäus ein beeindruckendes Erlebnis.

„Ehrlich gesagt, es war die coolste Erfahrung aller Zeiten“, sagte Benthäus freudestrahlend kurz nach ihrer Landung im Westen von Texas. „Ich finde, man sollte seine Träume niemals aufgeben. Manchmal ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie wahr werden, sehr gering. Ich hatte einfach sehr viel Glück.“

Drei Jahre zuvor hatte die gebürtige Kielerin bereits Erfahrungen mit Schwerelosigkeit gesammelt, und zwar bei einem Parabelflug der US-amerikanischen Initiative „AstroAccess“. Das Projekt hat das Ziel, die Raumfahrt barrierefrei zu machen. Bei einem Parabelflug fliegt ein Flugzeug in Form einer Parabel zunächst steil nach oben, um sich dann ebenso steil wieder in Richtung Erde zu bewegen. Am höchsten Punkt, an dem sich das Flugzeug vom Aufwärts- in den Abwärtsflug wendet, sind die Insassen für eine Zeitspanne von 20 Sekunden schwerelos. Gemeinsam mit angehenden Raumfahrttechnikerinnen und -technikern sowie Menschen anderer Berufsgruppen aus verschiedenen Ländern flog Benthäus damals 18 Parabeln und hatte dabei die Gelegenheit, verschiedene Experimente auszuprobieren.

Am obersten Punkt

Das Gefühl von Schwerelosigkeit vergleicht das 33-jährige VdK-Mitglied gern mit dem kurzen Moment bei einem Trampolinsprung, wenn man am obersten Punkt ankommt, bevor es wieder abwärts geht. Beim Flug mit der „New Shepard“ dauerte dieser Moment nun natürlich deutlich länger.

Dafür, dass sie trotz ihrer Behinderung die Chance bekommen hat, in den Weltraum zu fliegen, ist sie „super dankbar“, wie Benthäus in einem Interview betont. Gleichzeitig wünsche sie sich aber, dass wir schon längst in einer Gesellschaft angekommen wären, in der das völlig normal sei

und in der man sich auch mit einer Behinderung einfach als Astronautin oder Astronaut bewerben könne wie jede und jeder andere auch. **Mirko Besch**

Aktuelle Filme auf VdK-TV

„Rat & Tat“

Möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, wünschen sich die meisten Menschen. Mittlerweile werden 86 Prozent der rund 5,7 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland zu Hause versorgt. Doch durch Krankheit und Einschränkungen verändern sich die Bedürfnisse, und in der vertrauten Wohnung sind plötzlich viele Barrieren vorhanden, die Gefahrenquellen für Stürze und Verletzungen darstellen können.

Für Menschen mit einem Pflegegrad besteht daher die Möglichkeit, bei der Pflegekasse Zuschüsse für die bauliche Verbesserung des Wohnumfelds zu beantragen. Das können zum Beispiel zusätzliche Geländer, Haltegriffe, ein schwellenloser Zugang zur Duschkabine oder ein Treppenlift sein. Was bei der Antragstellung zu beachten ist, und welche Vorgehensweise am sinnvollsten ist – darüber informiert VdK-Sozialrechtsexpertin Kim Blum.

„Klipp & Klar“

Wenn Politikerinnen und Politiker von Reformen reden, meinen sie meistens Kürzungen. Das betrifft derzeit leider auch den Sozialstaat. Verkannt wird dabei, wie gefährlich ein Abbau sozialer Leistungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. So sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Existenzängste machen krank, Benachteiligung erzeugt Wut und Hass, Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn gehen verloren. Sicherheit dagegen ermöglicht Mut und schafft den Rahmen dafür, dass Menschen ihr volles Potenzial entfalten können. Auf diese wichtigen Zusammenhänge weist Verena Bentele in der neuen Folge von „Klipp & Klar“ hin.

„SBV – Inklusives Wissen“

In diesem Video beschäftigt sich VdK-Sozialrechtsexpertin Kim Blum mit dem sogenannten „Beteiligungsrecht“ der Schwerbehindertenvertretungen (SBV). Arbeitgeber haben die SBV in allen Angelegenheiten, die die Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung als einzelne Person oder als Gruppe berühren, unverzüglich und umfassend zu informieren, in der Sache anzuhören und über deren Ausgang in Kenntnis zu setzen. Doch wie lässt sich „unverzüglich“ in eine konkrete Zeitangabe übersetzen? Was genau bedeutet „umfassend“, und ist „berühren“ dasselbe wie „betreffen“, oder meint das einen größeren Themenkreis? Kim Blum rät, sich dadurch nicht beirren zu lassen, sondern selbstbewusst für die Rechte und Ansprüche der Kolleginnen und Kollegen mit Schwerbehinderung einzustehen.

VdK-TV-Magazin in Sport1

„miteinander“ im Februar

In der Februar-Ausgabe von „miteinander“ ist Carl Mühlbach zu Gast, Geschäftsführer von Fiscal Future, einer überparteilichen Non-Profit-Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, insbesondere jüngere Menschen über wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuklären und Konzepte für eine zukunftsfähige Finanzpolitik zu entwickeln.

Im Gespräch mit Philipp Stielow, Leiter der Redaktion von VdK-TV, entwirft der 29-Jährige ein positives Bild des Sozialstaats. Für ihn sind Wirtschaft und Sozialstaat keine natürlichen Feinde, sondern „ziemlich gute Freunde“. Denn Arbeitgeber seien grundsätzlich darauf angewiesen, dass ihnen körperlich fitte und gut ausgebildete Angestellte zur Verfügung stehen, die überdies Zeit haben, zur Arbeit zu kommen, weil sie ihre Kinder und pflegebedürftigen Angehörigen zuverlässig betreut wissen. All das leiste der Sozialstaat – wie dieser umgekehrt natürlich darauf angewiesen sei, dass möglichst viele Menschen einen Job haben und Beiträge in die Sozialsysteme einzahlen.

Der Ökonom warnt davor, zu glauben, diese Beiträge seien nur etwas für „die Schwachen“, die aus eigener Kraft nicht für sich sorgen können. „Alle profitieren davon“, sagt Mühlbach. Außerdem verrät er, welche Reform er als Finanzminister anpacken würde.

„miteinander“ ist eine der beständigsten Sendereihen im deutschen Fernsehen. Seit 27 Jahren informiert das VdK-TV-Magazin Monat für Monat über sozialpolitische Themen, rechtliche Fragen, zeigt Neues aus den Bereichen Gesundheit und Rente, ist generationsübergreifend und wendet sich an Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen.

Ausgabe im Februar auf Sport1

21. Februar, um 12 Uhr; Wiederholungen am 24. Februar um 7 Uhr sowie am 26. Februar um 1 Uhr.

Nach TV-Ausstrahlung jederzeit abrufbar auf vdk.de

Hilfe aus der Bäckerei

Pressekonferenz mit Verena Bentele

Zum Auftakt der Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ fand auf Einladung des Vereins One Billion Rising eine Pressekonferenz im Münchner Presseclub statt. Als Schirmherrin nahm VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele teil.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist so grausam wie alltäglich (siehe Artikel rechts), kann aber nicht einfach hingenommen werden. Davon sind die Akteurinnen von One Billion Rising München mit Vorstandsfrau Romy Stangl überzeugt. Deswegen macht sie gegen diesen Missstand mobil.

„Wir solidarisieren uns“

Prominente Unterstützung kommt von Verena Bentele. Sie hatte sich sofort bereit erklärt, 2025 die Schirmpatinnenschaft für die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ zu übernehmen. „Wir solidarisieren uns mit Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben. Wir müssen für sie die Stimme erheben, denn jedes Nicht-Sprechen oder gar Verschweigen isoliert die Opfer und begünstigt die Täter“, sagte Bentele auf der Pressekonferenz.

Bäckereien haben hohe Reichweiten. Sie sind ideale Orte, um diese Botschaft zu verbreiten. 250 000 Aktionstüten mit aufgedruckten Anlaufstellen für gewaltbetroffene Frauen und Kinder gingen rund um den 25. November in 200 Filialen in und um München, Erding und Landsberg über die Tresen. „Wenn wir nur einen einzigen Fall damit verhindern, hat es sich gelohnt“, so Oberinnungsmeister Heinrich Traublinger.

Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge, Eva Schießl vom Schulreferat der Stadt München und Dr. Inken Tremel von der Freien Wohlfahrtspflege mahnten strukturelle Veränderungen an, damit für Frauen und Mädchen ihr Recht auf ein sicheres Leben garantiert ist.

Härtere Gesetze

Wegge berichtete, dass die Bundesregierung härtere Gesetze bei Gewalt gegen Frauen auf den Weg bringen will. So soll etwa Femizid explizit als Mordmerkmal gelten, gewalttätigen Vätern soll leichter das Umgangsrecht mit den Kindern entzogen werden. Schießl betonte die zentrale Rolle von Bildung zur Stärkung von Mädchen. Schulen, Ausbildungsstellen sowie der öffentliche und digitale Raum sollten zuverlässig gewaltfreie Orte für Mädchen sein.

Bentele wie Tremel forderten eine rasche Bestandsaufnahme aller Hilfsangebote, die es für gewaltbetroffene Personen in Bayern gibt, und auf dieser Grundlage einen zielgenauen Ausbau von Beratungsstellen, Präventionsangeboten und Frauenhausplätzen. All dies auch immer im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Behinderung, die heute oft mangels Barrierefreiheit abgewiesen werden müssen, wie Bentele ergänzte.

Auf den Bäckereitäten stehen Adressen, unter denen Frauen, Kinder und auch Männer Unterstützung finden. Viele der aufgelisteten Vereine und Beratungsstellen beklagen große Planungsunsicherheiten. Vertreterinnen und Vertreter dieses Netzwerks forderten auf der Pressekonferenz Freistaat und Kommunen dazu auf, für eine solide Grundfinanzierung ihrer wichtigen Arbeit zu sorgen. **bsc**

Sie sind selbst von Gewalt betroffen? Bundesweites kostenloses Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ unter der Nummer 116 016.

Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen

VdK Bayern setzt mit Verein One Billion Rising und Bäcker-Innung ein Zeichen

„Gewalt kommt nicht in die Tüte“ lautete das Motto des VdK Bayern am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele und viele weitere Akteurinnen und Akteure verteilten in den Morgenstunden des 25. November frische Brezen in Aktionstüten an Passantinnen und Passanten.

Schon zum fünften Mal verwendeten die Bäckereien der Bäcker-Innung München, Landsberg und Erding an diesem Tag besondere Tüten, die auf Hilfe und Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen aufmerksam machen. Initiator der Aktionstüten, auf denen wichtige Kontaktadressen abgedruckt sind, ist der Verein One Billion Rising München. Schirmherrin der Aktion war diesmal VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele.

VdK leuchtet in Orange

Die Brezen-Aktion fand vor der VdK-Landesgeschäftsstelle statt. Der gesamte Eingangsbereich leuchtete in orangem Licht, der Farbe des Aktionstags, was in der Dunkelheit besonders gut zu sehen war. Abends wurde das VdK-Gebäude in der Schellingstraße 31 mit Videoinstallationen mit Statements gegen Gewalt angestrahlt.

Neben Bentele verteilten Alexandra Kugge von One Billion Rising München, Manuela Soller vom Verein Amyna, Andreas Schmiedel vom Münchner Informationszentrum für Männer, Ober-Innungsmeister Heinrich Traublinger, VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder und viele VdK-Mitarbeitende die Brezen zusammen mit Flyern, Ansteckern und Flugblättern und informierten zu den Forderungen des VdK Bayern gegen Gewalt an Frauen. Münchens Dritte Bürgermeisterin Verena Dietl war auch gerne mit dabei und bedankte sich für „die tolle Aktion“. Sie hob hervor, dass Gewalt gegen Frauen kein privates Problem der Betroffenen ist, sondern ein gesellschaftliches, das alle angeht.

Neuer Höchststand

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2024 wurden 53 451 Frauen und Mädchen Opfer von Sexualdelikten. 308 Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen gab es laut Polizei, 132 davon im Zusammenhang mit Partnerschaftsgewalt. Auch bei häuslicher Gewalt gibt es mit 265 942 Personen einen neuen Höchststand: ein Anstieg um 3,5 Prozent im Vergleich zu 2023 und um 17,8 Prozent innerhalb der vergangenen fünf Jahre. Zu rund 70 Prozent sind Frauen und Mädchen von häuslicher Gewalt betroffen.

„Die Würde, der Respekt und der Schutz von Frauen und Mädchen sind nicht verhandelbar. Wir können nicht hinnehmen, dass von drei Mädchen statistisch gesehen eines im Laufe ihres Lebens Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt wird“, betonte Bentele. Sie wies darauf hin, dass

die Situation für Mädchen und Frauen mit Behinderung noch bedrückender ist. Jede Zweite ist von sexualisierter Gewalt betroffen. „Als Gesellschaft müssen wir aktiven Schutz bieten“, forderte sie. Damit auch Mädchen und Frauen mit Behinderung wirksam vor Gewalt geschützt werden, müssten alle Angebote barrierefrei zugänglich werden.

Gewalt ist keine Lösung

Am Abend kamen besonders viele Frauen, Männer und Kinder ins Gespräch mit den VdK-Mitarbeitenden und schrieben ihre Forderungen auf die Fensterscheiben der Geschäftsstelle. Zu lesen waren Sätze wie „Gewalt ist keine Lösung“, „Nein heißt Nein“ und „Hände zum Helfen, nicht zum Schlagen“.

Auch in anderen Orten Bayerns haben VdK-Ehrenamtliche Veranstaltungen zum Thema organisiert, beispielsweise in Ansbach, Augsburg, Bad Kissingen, Cham, Erding, Forchheim, Fürth, Vilshofen und Wolfratshausen. Die Aktionen waren sehr vielfältig – von Vorträgen zu Unterstützungsmöglichkeiten, einer Ausstellung zur Solidarisierung mit Betroffenen über Infostände zu Hilfsangeboten bis hin zur Teilnahme an Kundgebungen.

„Mit mehr als 430 000 weiblichen Mitgliedern ist der Sozialverband VdK eine der größten und wichtigsten Frauenorganisationen in Bayern“, so VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder. „Gewalt gegen Frauen geht gar nicht. Das gilt ohne Wenn und Aber!“

Der VdK Bayern setzt sich mit seinen Forderungen gegen Gewalt an Frauen ein. Informationen unter by.vdk.de/ehrenamt/frauen-im-vdk/gemeinsam-gegen-gewalt-an-frauen **Annette Liebmann**

Trauer um Wolfgang Hahntow

Jahrzehntlang im Einsatz für den VdK Bayern

Mehr als ein halbes Jahrhundert war er für den Sozialverband VdK aktiv. Nun ist Wolfgang Hahntow im Alter von 83 Jahren gestorben. Der Verband trauert um einen Vdkler mit viel Herzblut.

Einen Tag vor Heiligabend, am 23. Dezember 1941, wurde Wolfgang Hahntow in Stettin geboren. Im Bundeswehrdienst verletzte er sich schwer und wurde 1967 VdK-Mitglied. Der Verband und dessen Engagement für soziale Gerechtigkeit begeisterten ihn von Anfang an. So kam er nach seinem Politikstudium im Januar 1969 als Sozialrechtsberater zum VdK in München. 1981 stieg er zum Bezirksgeschäftsführer Oberbayern auf, und vier Jahre später wurde er Landesgeschäftsführer. 1996 ging er aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente.

Für den VdK setzte sich Hahntow in der Folge verstärkt ehrenamtlich ein. Gleich nach Renteneintritt wurde er 1996 zum Ortsvorsitzenden des VdK Bogen-hausen (Kreisverband München) gewählt. Bereits von 1974 bis 1986 gehörte er diesem Ortsvorstand an. Von 1998 bis

2022 engagierte sich Hahntow als Kassierer des Kreisverbands München und half als Versichertenberater zahlreichen VdK-Mitgliedern in der Kreisgeschäftsstelle München bei ihren Rentenanträgen. Bis Januar 2023 blieb er Ortsvorsitzender und sammelte in Bogenhausen für die VdK-Spendenaktion „Helft Wunden heilen“.

Am 27. November 2025 starb Wolfgang Hahntow. VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder, der jahrelang mit ihm zusammenarbeitete, denkt mit großem Respekt und tiefer Dankbarkeit an ihn zurück. „Wolfgang Hahntow war ein hundertprozentiger VdKler. Er hatte wesentlichen Anteil daran, dass sich der VdK vom einstigen Kriegsopferverband zum großen Sozialverband für Menschen mit Behinderung und Rentnerinnen und Rentner entwickeln konnte. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen Angehörigen. Der VdK wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.“ hei

Verstärkung für den VdK Bayern

Neue Personalien in Landesvorstand und Landesgeschäftsführung

Auf dem Kleinen Landesverbandstag wurden Carola Brust und Oliver Antretter in neue Positionen im Landesvorstand gewählt. Seit Januar 2026 ist Dr. Stephan Thewalt neuer stellvertretender Landesgeschäftsführer.

Vertreterin der Frauen im Landesvorstand ist jetzt Carola Brust aus dem Bezirk Oberpfalz. Sie folgt auf Beate Schießl-Sedlmeier, die leider verstorben ist. Carola Brust war bisher Vertreterin der jüngeren Generation im VdK-Landesvorstand. Zudem ist sie Kreisvorsitzende des VdK in Weiden. „Die Unterstützung von Mädchen und Frauen braucht großes ehrenamtliches Engagement. Zusammen sind wir im VdK Bayern stark“, beschreibt sie ihre Motivation.

Die durch ihren Wechsel frei gewordene Position des Vertreters der jüngeren Generation übernimmt Oliver Antretter aus dem Bezirk Niederbayern, der neu in den Landesvorstand gewählt wurde. Er ist Kreisvorsitzender des VdK in Deggendorf und Integrationsbeauftragter der Stadt. „Vor 20 Jahren bin ich dem VdK beigetreten, weil er sich dafür einsetzt, soziale Ungleichheit anzugehen. Mich im Landesvorstand dafür zu engagieren, Missstände zu beseitigen, ist eine große Ehre und Herausforderung, der ich mich gerne stelle“, sagt er.

Auf hauptamtlicher Ebene gab es ebenfalls eine personelle Veränderung: Dr. Stephan Thewalt hat die Position des stellvertretenden Landesgeschäftsführers übernommen. Er tritt die Nachfolge von Ingrid Müller an, die den Sozialverband zum 31. Dezember 2025 nach zwölf Jahren VdK-Tätigkeit aus privaten Gründen verlassen hat. „Ich bedanke mich sehr für die wertschätzende und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir haben in den vergangenen Jahren viel bewegen können“, blickt Ingrid Müller zurück.

Dr. Stephan Thewalt betont: „Ich freue mich beim Sozialverband VdK auf eine Arbeit, die Sinn stiftet und Werte realisiert. Gerechtigkeit ist beim VdK in der Sozialpolitik als auch in der Beratung der zentrale Punkt.“ **Dr. Bettina Schubarth**

Für eine stabile Verbandsentwicklung

Auf dem Kleinen Landesverbandstag wurden wichtige Weichen für den VdK Bayern gestellt

Jährlich im Spätherbst treffen sich Landesausschuss und Landesvorstand des VdK Bayern zum Kleinen Landesverbandstag. Dem Gremium gehören Delegierte aus allen VdK-Bezirken an. Im November 2025 legte die Landesgeschäftsführung die Bilanzen des Jahres 2024 zur Abstimmung vor. Ein wichtiger Punkt war der Beschluss zur Anhebung des Mitgliedsbeitrags ab Januar 2027.

Landesausschussvorsitzender Erwin Manger begrüßte die Delegierten aus allen VdK-Bezirken sowie Landesvorstand und Landesgeschäftsführung in den Räumen des Berufsförderungswerks Nürnberg und leitete souverän durch die Sitzung.

Die bisherige stellvertretende Landesgeschäftsführerin Ingrid Müller stellte die Bilanzen des Verbands für 2024 vor. Sie wies auf die Herausforderungen hin, die das an sich erfreuliche Mitgliederwachstum mit sich bringt. Denn es suchen immer mehr Menschen Beratung in den VdK-Geschäftsstellen. Inzwischen konnte einiges an Personal aufgebaut werden, sodass es wieder genügend Ressourcen für die Kerndienstleistung der Rechtsberatung gibt. Um gute Fachkräfte zu finden und zu binden, waren zudem Tarifanpassungen notwendig. Dazu kamen die allgemein gestiegenen Kosten für Porto, Energie sowie Erhaltung und Miete von Immobilien. Alles zusammen hatte zwischenzeitlich zu erhöhten Ausgaben geführt.

Die auf den Weg gebrachten Sparmaßnahmen und Neustrukturierungen von Arbeitsabläufen greifen aber schon, sodass inzwischen die Rücklagen wieder erhöht werden konnten. Alle VdK-Geschäftsbereiche laufen stabil.

Landesrevisor Klaus Greim schlug die Entlastung des Landesvorstands für das Jahr 2024 vor, die vom Landesausschuss einstimmig erteilt wurde. Auch der Mittelverwendungsplan 2025/26 mit Ausblick auf 2027 und der Stellenplan 2026, den Landesgeschäftsführer Michael Pausder erläutert hatte, wurden genehmigt.

Beitrag steigt ab 2027

Landesschatzmeister Konrad Gritschneider folgte der Einschätzung von Ingrid Müller und dem Revisorenteam, dass der VdK Bayern mehr Rücklagen braucht, um stabil wie agil in die Zukunft gehen zu können. Deshalb warb er bei den Delegierten um Zustimmung zur vom Landesvorstand vorgeschlagenen Beitragsanhebung zum 1. Januar 2027 von monatlich sieben auf dann acht Euro.

Landesvorsitzende Verena Bentele ergänzte: „Der Sozialstaat fordert die Menschen. Immer mehr brauchen Unterstützung auch vom VdK. Gerade weil wir wissen, dass immer noch viele Menschen die ihnen zustehenden Leistungen nicht beantragen, ist das Angebot unserer professionellen VdK- Rechtsberatung enorm wichtig. Zudem ermöglicht ein größerer finanzieller Spielraum die Finanzierung unserer vielfältigen und wichtigen Angebote des VdK- Ehrenamts für unsere Mitglieder.“ Sie bat deshalb ebenfalls um Zustimmung für die vorgeschlagene Beitragsanhebung ab 2027.

In Konferenzen vor dem Kleinen Landesverbandstag war schon allen VdK-Bezirken dieser Vorschlag vorgestellt worden. Auch in Nürnberg hatten die Delegierten Gelegenheit zur Diskussion. In der anschließenden Abstimmung wurde die Beitragsanhebung mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Umrahmt wurde der Kleine Landesverbandstag vom VdK-Ressort „Ehrenamt“. Für die aktuelle VdK-Aktion „Alles geht zusammen“ konnten sich die Delegierten mit Werten, die ihnen beim VdK besonders am Herzen liegen, fotografieren lassen. Zudem wurde neues Aktionsmaterial für die Ehrenamtsarbeit vorgestellt.

Dr. Bettina Schubarth

Auf den Punkt

Pudelwohl

Einer unserer Lieblingsferienorte im Winter ist Balderschwang im bayerischen Allgäu. Das hat mehrere Gründe, auch, dass dort im Gegensatz zu meiner Heimatstadt München vor, während und nach Silvester so gut wie nicht geböllert wird, was ein Segen ist für alle Hunde, Katzen und andere Tiere. Unsere Großpudelhündin Afra fühlt sich dort pudelwohl, insbesondere am Flüsschen Bolgenach. Afra liebt das Wasser, den Schnee und ihren Ball an der Schnur. Bei unseren Spaziergängen und Wanderungen verstecke ich mich gerne hinter dicken Bäumen. Afra mag das, denn sie ist in der Lage, mich mit ihrer Spürnase innerhalb kürzester Zeit zu finden, wofür sie zu Recht ein paar Leckerlis einfordert und auch bekommt. Immer wieder gerne zieht Afra auch meine Frau und mich hinauf auf die Fuchs-Alm zum Einkehrschwung. Da muss sie uns nicht lange bitten. Zurück in unserer Unterkunft schläft Afra erst mal 'ne Runde, so wie zum Glück die meisten Hunde. So kommen auch Frauchen und Herrchen im Urlaub mal so richtig zum Ausspannen.

Michael Pausder

Landesgeschäftsführer

Rückschritt für die Inklusion

Geld aus Ausgleichsabgabe sollte in allgemeinen Arbeitsmarkt gehen

Der VdK Bayern hat zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung die bayerische Staatsregierung deutlich kritisiert. Die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe sollten für Inklusion im allgemeinen Arbeitsmarkt genutzt werden und nicht an Werkstätten gehen.

Wenn Unternehmen zu wenige oder trotz Beschäftigungspflicht keine Menschen mit Schwerbehinderung einstellen, müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. Der Sozialverband VdK Bayern spricht sich dafür aus, dieses Geld komplett für Teilhabe und Inklusion im allgemeinen Arbeitsmarkt zu verwenden. Der VdK lehnt daher die Pläne der bayerischen Staatsregierung ab, damit Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) zu finanzieren. Aus Sicht des VdK Bayern bedeutet diese Wiedereinführung der früheren Regelung einen Rückschritt für die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Arbeitsmarkt. Die entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung, auf die sich die bayerische Staatsregierung beruft, lehnt der VdK ebenfalls ab.

Landesvorsitzende Verena Bentele erläuterte, dass in 8000 von 30 000 Unternehmen in Bayern, die beschäftigungspflichtig sind, kein einziger Mensch mit Schwerbehinderung arbeitet. Diese Betriebe müssen die höchste Stufe der Ausgleichsabgabe zahlen. „Das dadurch eingenommene Geld soll auf ausdrücklichen Wunsch der bayerischen Sozialministerin Ulrike Scharf zukünftig auch wieder in Werkstätten fließen, die keine inklusive Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, sondern separieren“, kritisierte Bentele.

VdK für echte Teilhabe

Geschützte Werkstätten für Menschen mit Behinderung stellen nur eine Option für einen befristeten Zeitraum für die Eingliederung in das Arbeitsleben dar. Bentele betonte: „Der VdK steht für echte Inklusion und Teilhabe und fordert, dass die Gelder aus der Ausgleichsabgabe dafür verwendet werden, den Übergang von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, anstatt sie strukturell auszuschließen.“

Die vorherige Bundesregierung hatte beschlossen, die institutionelle Förderung von Werkstätten aus der Ausgleichsabgabe einzustellen. Nun droht ein Rückschritt. Nur ein geringer Teil der Menschen mit Behinderung schafft es, aus einer Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln. Von den insgesamt 37 000 Werkstattbeschäftigen in Bayern waren es 2023 nicht einmal 200. **Sebastian Heise**

Gehörlosengeld kommt doch nicht

VdK kritisiert Rolle rückwärts in Bayern

Die Kürzungen im bayerischen Sozialhaushalt treffen jetzt auch gehörlose Menschen im Freistaat. Das zugesagte Gehörlosengeld wurde ersatzlos gestrichen – für den VdK Bayern ein Unding.

Mit dem Gehörlosengeld sollte in Bayern ein wichtiger Beitrag für bessere Teilhabe kommen. Das hatte der VdK Bayern seit Langem von der Staatsregierung gefordert. Die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf hatte auch bei der zentralen Veranstaltung des VdK Bayern zur vergangenen Landtagswahl 2023 in ihrer Rede betont, dass sie sich dafür starkmachen werde. Sie kündigte eine „neue, dauerhafte soziale Leistung“ an. Doch nun kam die Rolle rückwärts, und die Staatsregierung strich das Gehörlosengeld.

Obwohl es im Koalitionsvertrag der bayerischen Regierungskoalition steht, werde es nicht kommen, sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte im bayerischen Landtag. Seine Begründung: Es brauche stabile Finanzen und keine neuen Schulden.

VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele kritisierte diese Kehrtwende zu Lasten der gehörlosen Menschen scharf. Im Instagram-Kanal des VdK Bayern sagte Bentele: „Als Sozialverband VdK fordern wir dringend die Einführung eines Gehörlosengelds in Bayern. Der Haushalt darf nie dafür entscheidend sein, ob Menschen, die gehörlos sind, teilhaben können oder nicht.“

Der VdK Bayern hatte in seinen sozialpolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2023 die Einführung eines Gehörlosengelds analog zum bayerischen Blinden- und Sehbehindertengeld gefordert. Gehörlose Menschen haben behinderungsbedingt Mehraufwendungen, etwa für Gebärdensprachdolmetschung, die sie bisher oft aus eigener Tasche zahlen müssen.

Blinde Menschen erhalten im Freistaat auf Antrag monatlich 776 Euro, taubblinde Menschen 1552 Euro, hochgradig Sehbehinderte 232,80 Euro und taubsehbehinderte Menschen 465,60 Euro. **hei**

Messefrühling auf der inviva

VdK-Mitglieder können auch dieses Jahr kostenlos die Nürnberger Messen Freizeit, Touristik und Garten sowie inviva besuchen. Der Sozialverband VdK Bayern präsentiert sich wieder mit einem Stand.

Vom 4. bis 8. März geht es in den Nürnberger Messehallen um die Themen Freizeit, Reisen, Garten sowie Selbstbestimmung und Gesundheit. An den ersten drei Tagen – Mittwoch bis

Freitag – haben VdK-Mitglieder auf der Freizeitmesse und der inviva freien Eintritt. Wie auch in den vergangenen Jahren reicht es, einfach den VdK-Mitgliedsausweis an der Kasse vorzuzeigen.

VdK-Stand in Halle 9

Die inviva findet in der Halle 9 statt. An Messestand E58 stellt ein Team des VdK Bayern den Sozialverband vor. Besucherinnen und Besucher können sich über die Sozialrechtsberatung in den Geschäftsstellen informieren.

Auf der inviva stehen Gesundheit und Leben im Alter im Mittelpunkt. Am Freitag, 6. März, wird Michaela Heyne, Referentin im Ressort „Leben im Alter“ beim VdK Bayern, von 12.30 bis 13 Uhr auf der inviva-Bühne einen Vortrag mit dem Titel „Pflege geht jeden an!“ halten.

Die beiden Messen haben an allen Tagen von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Es empfiehlt sich, mit der U-Bahn-Linie 1 (Fahrtrichtung Langwasser) anzureisen. Die U-Bahn-Station Messe befindet sich in der Nähe des Eingangs zur Frankenhalle.

Infos, auch zum Programm, gibt es auf der Webseite: www.freizeitmesse.de hei

Besserer Nahverkehr für alle

Bündnis fordert soziale Mobilitätswende

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Rad- und Fußwege sowie sichere, für alle zugängliche Mobilität: Das fordert das bayerische Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende, dem auch der VdK angehört, vor der Kommunalwahl.

Das Bündnis legte in einer Pressekonferenz Forderungen vor, die die Kommunen bereits jetzt schon umsetzen können. „Mobilität ist Teil der öffentlichen Verantwortung“, erklärt das Bündnis. „Wer sicher zur Schule kommen will, wer ohne Auto zum Arzt oder zur Arbeit muss, braucht eine Kommune, die handelt.“

„Mobilität bedeutet Teilhabe“, sagte VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele. Daher muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) für alle zugänglich und bezahlbar sein. Bentele fordert flächendeckend Sozialtickets, damit alle Menschen diesen nutzen können. Auch der barrierefreie Zugang zu Bussen und Bahnen muss endlich Standard sein, betonte die VdK-Landesvorsitzende.

Matthias Birkmann, Landesgeschäftsstellenleiter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG Bayern, sagte: „Wer den ÖPNV wirklich ausbauen will, muss für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und verlässliche Schichtpläne sorgen, alles andere sind leere Wahlkampfversprechen.“

Martin Geilhufe, Vorsitzender BUND Naturschutz in Bayern, erklärte, dass es um eine „soziale und ökologische Mobilitätswende“ geht. Daher gehörten neben Umweltorganisationen und Gewerkschaften auch Sozialverbände, wie der VdK, dem Bündnis an.

Die Landesvorsitzende des Fahrradclubs ADFC Bayern, Eva Mahling, plädierte für einen Ausbau der Fuß- und Radwege.

Mehr dazu unter: **Fehler! Linkreferenz ungültig. hei**

TV-Programm

miteinander ist eine der beständigsten Sendereihen im deutschen Fernsehen. Seit 27 Jahren informiert das VdK-TV-Magazin Monat für Monat über sozialpolitische Themen, rechtliche Fragen, zeigt Neues aus den Bereichen Gesundheit und Rente, ist generationsübergreifend und wendet sich an Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen.

In der Februar-Ausgabe von **miteinander** ist Carl Mühlbach zu Gast, Geschäftsführer von Fiscal Future, einer überparteilichen Non-Profit-Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, insbesondere jüngere Menschen über wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuklären und Konzepte für eine zukunftsfähige Finanzpolitik zu entwickeln.

Im Gespräch mit Philipp Stielow, Leiter der Redaktion von VdK-TV, entwirft Mühlbach ein positives Bild des Sozialstaats und warnt davor, zu glauben, dieser sei nur etwas für „die Schwachen“, die aus eigener Kraft nicht für sich sorgen können. „Alle profitieren von den sozialen Sicherungssystemen“, sagt er. Es könne immer etwas passieren, und schon ist man auf Unterstützung angewiesen. Außerdem verrät er, welche Reform er als Finanzminister anpacken würde.

Sport1 zeigt das Magazin am 21.2. um 12 Uhr und wiederholt es am 24.2. um 7 Uhr und am 26.2. um 1 Uhr.

München TV präsentiert die Sendung am 19.2. um 15 Uhr sowie am 22.2. um 11 Uhr und um 16 Uhr.

kleinanzeigen

VdK kämpft für soziale Gerechtigkeit

VdK Oberland vertraut Kreisvorsitzender Susann Enders

Beim Kreisverbandstag des VdK Oberland ist fast das komplette Vorstandsteam bestätigt worden.

VdK-Kreisvorsitzende Susann Enders begrüßte die Anwesenden herzlich und freute sich über das große Interesse an der Arbeit des Sozialverbands. Grußworte sprachen Saulgrubs Erster Bürgermeister Rupert Speer sowie die stellvertretenden Landräte der Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau, Dr. Michael Rapp und Michael Marksteiner. Beide hoben die Bedeutung des VdK als starke Stimme für soziale Gerechtigkeit und Inklusion hervor.

In seiner sozialpolitischen Grundsatzrede unterstrich stellvertretender VdK-Landesgeschäftsführer Marian Indlekofer die Bedeutung des Sozialstaats in der heutigen Zeit. Er

betonte, dass es notwendig war, für Verbesserungen zu kämpfen, und verwies auf die Erfolge in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten.

VdK-Kreisgeschäftsführerin Jana Krämer berichtete aus dem Kreisverband. Mit seinen drei Geschäftsstellen in Garmisch-Partenkirchen, Schongau und Weilheim hat der VdK Oberland ein Alleinstellungsmerkmal in der Kreisverbandsstruktur des VdK Bayern. Die Kreisgeschäftsstellen beschäftigen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Anliegen der VdK-Mitglieder da sind. Sie lobte die motivierten hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Zudem hob Krämer die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamt hervor.

Im Anschluss fanden die Wahlen des Kreisvorstands statt. In ihren Ämtern bestätigt wurde nicht nur Kreisvorsitzende Susann Enders, sondern auch ihr Stellvertreter Konstantin Pieri. Ebenso wiedergewählt wurden Schriftführer Josef Spar, Kassiererin Waltraud Höck, Vertreterin der Frauen Monika Ludwig sowie Beisitzer und VdK-Berater für Barrierefreiheit Peter Maier. Neue Beisitzerinnen sind Ilse Geißelbrecht, Sonja Pongratz, Ulrike Ruhnow und Juina Wessel.

Miteinander ins Gespräch kommen

Infostand des VdK Pfaffenhofen gut besucht

Der VdK Pfaffenhofen (Kreisverband Pfaffenhofen) hat für das ehrenamtliche Engagement im Ortsverband geworben.

Passantinnen und Passanten, die bei ihrem Bummel über den Wochenmarkt in Pfaffenhofen Einkäufe erledigten, blieben immer wieder auch vor dem Infostand des VdK Pfaffenhofen stehen. Die Vorstandsmitglieder stellten die vielfältigen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements im Sozialverband vor. Sie betonten, wie sehr ihnen die freiwillige Arbeit im Ortsverband Freude bereitet. Einige Besucherinnen und Besucher bekundeten daraufhin Interesse, sich selbst künftig einzubringen.

Weitere Gespräche drehten sich um gestiegene Krankenkassenbeiträge, die die Gemüter bewegten. Andere Ratsuchende erkundigten sich nach den Merkzeichen für schwerbehinderte Menschen.

Seniorentag in Altötting

Beim 11. Altöttinger Seniorentag hat sich alles um Lebensqualität im Alter gedreht. Der VdK-Ortsverband Altötting (Kreisverband Mühldorf-Altötting) war mit einem Infostand vertreten.

Gewerbetreibende, Vereine sowie Organisationen präsentierten den 350 Besucherinnen und Besuchern ihre Dienstleistungen. Luise Hell, Seniorenreferentin der Stadt Altötting, sprach den

Ausstellern ein großes Lob aus: „Sie füllen diesen Raum mit ihren zahlreichen Angeboten und zeigen uns ihr Know-how.“ Dritter Bürgermeister Hubert Rothmayer betonte, dass die Stadt Altötting in puncto Seniorenfreundlichkeit gut aufgestellt sei.

Bereits zum zehnten Mal präsentierte sich der VdK Altötting mit einem Infostand. Ortsvorsitzender Josef Keil hat die Erfahrung gemacht, dass sich Präsenz auf Messen auszahlt. Denn immer wieder sind in den vergangenen Jahren neue Mitglieder gewonnen worden. Auch heuer zeigten Ratsuchende großes Interesse am Sozialverband. VdK-Zeitungen und -Werbematerialien wurden gerne mit nach Hause genommen.

Oberbayern bekennt Farbe gegen Gewalt an Frauen

VdK-Aktionen zum Orange Day in Orts- und Kreisverbänden treffen auf viel Zuspruch

Am 25. November ist der „Orange The World Day“, eine weltweite Kampagne der Vereinten Nationen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. An diesem Tag engagierten sich auch Orts- und Kreisverbände aus dem VdK-Bezirk Oberbayern.

Der VdK-Ortsverband Wolfratshausen hat einen Infostand auf die Beine gestellt. Ortsvorsitzende Cornelia Zapf betonte, dass sich vor allem auch die Männer ihres Ortsverbands aktiv für dieses Thema eingesetzt haben. Trotz des ungemütlichen Wetters war die Aktion erfolgreich. Der VdK Wolfratshausen konnte auch neue Mitglieder gewinnen. Die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder haben viele gute Gespräche geführt und zahlreiche orangefarbene Luftballons an Kinder verteilt. Darüber hinaus möchte sich eine Person speziell für Frauenthemen engagieren und interessiert sich für ein Ehrenamt beim VdK.

Anlaufstellen für Frauen

Unter dem Motto „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ verteilten Mitarbeiterinnen des VdK-Kreis- sowie des -Ortsverbands Erding Brezeln. Auf den Tüten waren Kontakte von Beratungs- und Anlaufstellen für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen aufgeführt. Die Aktion war Teil der Kampagne des Vereins One Billion Rising München in Kooperation mit der Bäcker-Innung München, Landsberg und Erding und stand unter der Schirmherrschaft von Verena Bentele, VdK-Präsidentin und Landesvorsitzende des VdK Bayern.

Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen informierten Passantinnen und Passanten in der Innenstadt über das wichtige Thema. „Überwiegend junge Mädchen und Frauen kamen zum Infostand und haben sich ausdrücklich für das Engagement des VdK bedankt“, teilte VdK-Kreisgeschäftsführerin Zeynep Gencer mit.

Menschenrechte

Passantinnen sprachen das Problem an, dass bei vielen Frauen, die häusliche Gewalt erleben, oft die finanzielle Unabhängigkeit nicht gegeben sei. Deshalb gestalte sich ein Ausbruch aus der Gewalt teilweise schwierig. Nach einem Aufenthalt im Frauenhaus bräuchten die Frauen und ihre Kinder eine Anschlusswohnung. Eine solche jedoch in München und Umgebung zu finden, stellt eine weitere Hürde dar. Die Gesellschaft müsse Frauen und Mädchen mehr Schutz bieten.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, darüber nachzudenken, welche Maßnahmen konkret zu treffen sind. Es bedarf weiterhin gezielter Förderung von Frauenhäusern und Beratungsstellen. Zudem ist jeder aufgefordert, in der Familie, in der Nachbarschaft hinzuschauen, zu thematisieren und Zivilcourage zu zeigen. Ganz wichtig: Frauenrechte sind Menschenrechte. Wenn Frauen und Mädchen von Gewalt betroffen sind, geht es alle an.

Schmuggler, Ritter und Heimatliebe

Einmal im Jahr organisiert Manfred-Alfred Müller, Vorsitzender des VdK-Ortsverbands

Brannenburg-Flintsbach-Nußdorf (Kreisverband Rosenheim), eine Lesung mit der

Stammtischgruppe der Rosenheimer Autoren.

Diese hatten wieder spannende Geschichten im Gepäck. So las Monika Nebl aus dem „Wendelstein Heimatbuch“ eine ihrer Kurzgeschichten vor. Darin führt die Wasserburger Ermittlerin „Krimi-Minnie“ die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Schmugglerweg entlang der Tiroler Ache.

Romana Steinwender-Irlacher bewies in der „Hommage an eine Kleinstadt“ ihre Liebe zu Wasserburg und ließ in einer zweiten Geschichte die Anwesenden in die Nachkriegszeit zurückblicken.

Bei Tobias Fischer suchte ein zeitreisender Ritter verzweifelt nach einem Schatz. Anschließend freuten sich die Gäste über den Büchertisch der drei Autoren.

Seit 40 Jahren im VdK-Ehrenamt

Achim Werner und Werner Böll gewürdigt

Der VdK-Kreisverband Ingolstadt-Eichstätt hat das langjährige Engagement von Achim Werner und Werner Böll geehrt.

VdK-Kreisvorsitzender Achim Werner und sein Stellvertreter Werner Böll zählen zu den „Urgesteinen“ des VdK: Sie sind seit vier Jahrzehnten ehrenamtlich für den VdK auf

verschiedenen Ebenen aktiv. Im Rahmen einer Feierstunde hat VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder die besondere Rolle der beiden hervorgehoben. Achim Werner ist seit 1996 Bezirksausschussvorsitzender des VdK Oberbayern. Seit 1996 gehört er dem VdK-Landesvorstand an, seit 2007 als stellvertretender Landesvorsitzender. Er hat nicht nur die Entwicklung des VdK Bayern, sondern auch die Ausrichtung des VdK Deutschland als Mitglied im Bundesausschuss beeinflusst. Besonders würdigte Pausder sein unbeugsames Engagement gegen Rechts: „Achim Werner zeichnet sich durch Zivilcourage aus.“

Werner Böll blickt auf 40 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit zurück und hat durch seine Arbeit zur positiven Entwicklung der Mitgliederzahl im VdK Ingolstadt-Eichstätt auf rund 20 000 beigetragen. Seit 2019 ist er Mitglied im Landes- und Bundesausschuss. „Es ist Bölls Engagement zu verdanken, dass der VdK in der Region hervorragend vernetzt ist“, sagte Pausder.

75-Jahr-Feier des VdK Garching

Bei Jubiläumsveranstaltung werden langjährige Mitglieder geehrt

Der VdK-Ortsverband Garching (Kreisverband München) hat sein 75-jähriges Bestehen gefeiert.

Ortsvorsitzender Walter Kratzl freute sich, dass mehr als 100 Menschen gekommen waren. Er begrüßte Mitglieder und Ehrengäste, darunter VdK-Kreisvorsitzender Robert Köster sowie die Vertreterin der jüngeren Generation des VdK München, Karoline Weishäupl. Ebenso nahm der ehemalige Kreisvorsitzende Siegfried Moser teil. Weitere Ehrengäste waren der Erste Bürgermeister der Stadt Garching, Dr. Dietmar Gruchmann, sowie die Gemeindereferentin Marlene Goldbrunner.

Kratzl blickte auf die Gründung des VdK Garching zurück, der zunächst dem Ortsverband Freimann angehörte. Mit Unterstützung des damaligen Zweiten Bürgermeisters wurde der Ortsverband Garching im Jahr 1950 selbstständig. Heute zählt er mehr als 700 Mitglieder.

Kreisvorsitzender Köster bedankte sich bei allen Vorstandsmitgliedern des VdK Garching für ihr ehrenamtliches Engagement. Er zeichnete die Chronik des VdK Bayern nach, wie er 1946 in München von Kriegsversehrten und Kriegerwitwen gegründet und später aus ihm ein moderner Sozialverband wurde. Heute kämpft der 850 000 Mitglieder starke VdK Bayern für die Rechte von Menschen mit Behinderung, Rentnerinnen und Rentnern, Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sowie chronisch Kranken.

Bürgermeister Gruchmann lobte die ehrenamtlich engagierten Menschen, die auch jedes Jahr mit einer Feier von der Stadt Garching besonders gewürdigt werden. Bürgerschaftliches Engagement trage seiner Meinung nach zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft bei.

Im Anschluss fanden Ehrungen statt. Kreisvorsitzender Köster und Ortsvorsitzender Kratzl überreichten gemeinsam Urkunden für 25- und 30-jährige Mitgliedschaft sowie für zehnjährige

ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand. Nach dem offiziellen Teil klang die Veranstaltung, die von den Bavaria Spitzbuam musikalisch begleitet wurde, in gemütlicher Atmosphäre aus.

Vom Rothirsch zum Warzenbeißer: die Tiere des Jahres

Manche werden öffentlich gewählt, andere durch Organisationen bestimmt – Häufig werden bedrohte Arten ausgesucht

Jedes Jahr werden von unterschiedlichen Institutionen und Organisationen verschiedene Tiere innerhalb ihrer Klasse als Tiere des Jahres gekürt. Hier eine kleine Auswahl für 2026.

184 000 Menschen haben bei der öffentlichen Abstimmung des Naturschutzbunds und seinem bayerischen Partner, dem Landesbund für Vogel- und Naturschutz, mitgemacht und mit großer Mehrheit (44,5 Prozent) das Rebhuhn zum Vogel des Jahres gewählt. Der Lebensraum des stark gefährdeten Agrarvogels sind Äcker und landwirtschaftlich genutzte Flächen. Doch die Intensivierung der Landwirtschaft hat dem Rebhuhn stark zugesetzt. Seit 1980 ist der Bestand in Deutschland um 87 Prozent zurückgegangen – eine alarmierende Entwicklung.

In den Wald gedrängt

Der König des Waldes ist nun auch das Wildtier des Jahres: der Rothirsch. Die Abstimmung wird jährlich von der Deutschen Wildtier Stiftung initiiert. Der Rothirsch ist zwar nicht unmittelbar gefährdet, doch Expertinnen und Experten sprechen bereits vom Beginn eines Aussterbeprozesses. Die unkontrollierte Jagd früherer Zeiten sowie der Siedlungs- und Straßenbau haben die Tiere immer weiter in den Wald gedrängt. Aktuell bleiben dem Rotwild in Deutschland nur noch rund 28 Prozent seiner ursprünglichen Lebensräume. Der derzeitige Bestand wird auf rund 200 000 Stück geschätzt.

Fisch des Jahres ist der Europäische Wels. Mit dieser Wahl machen der Deutsche Angelfischerverband, das Bundesamt für Naturschutz und die Gesellschaft für Ichthyologie auf eine faszinierende und nicht zuletzt aufgrund ihrer Größe besondere Fischart aufmerksam. Mit einer Länge von bis zu drei Metern und einem Gewicht von bis zu 150 Kilogramm ist er der größte einheimische Süßwasserfisch. Als wärmeliebende Art profitiert er erheblich von den steigenden Temperaturen infolge des Klimawandels.

Das Insekt des Jahres wird seit 1999 von einem internationalen Kuratorium gewählt. Der Titel für 2026 geht an den Warzenbeißer. Die Heuschreckenart ist in Europa und Asien weit verbreitet und hat ihren Namen aufgrund eines alten Volksglaubens, demzufolge ihr Biss und ihr „schwarzer Saft“ Warzen heilen könne. Der bis zu vier Zentimeter große Warzenbeißer hat einen

buligen Körper, lange Fühler und ein würfelförmiges Muster auf seinen kurzen Vorderflügeln, sodass er gut von anderen Heuschrecken unterschieden werden kann. Seine Wahl steht exemplarisch für die bedrohte Insektenvielfalt der hiesigen Wiesenlandschaften.

Bestand schrumpft

Auch wenn Schmetterlinge biologisch betrachtet zu den Insekten gehören, haben sie ihren eigenen „Wettbewerb“. Mit der Wahl des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings zum Schmetterling des Jahres machen die Bund NRW Naturschutzstiftung sowie die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen auf die wachsenden Gefährdungen aufmerksam, denen dieser Tagfalter durch intensive Landnutzung und die Klimakrise ausgesetzt ist. Da immer mehr Lebensräume des streng geschützten Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings verschwinden, schrumpft sein Bestand. Sein Erhaltungszustand wird hierzulande derzeit als „ungünstig-unzureichend“ mit negativem Trend eingestuft.

Die Streifenkreuzspinne hat die vom Naturhistorischen Museum Wien, von der Arachnologischen Gesellschaft und der European Society of Arachnology organisierten Wahl zur Europäischen Spinne des Jahres gewonnen. Sie ist bei Spaziergängen in der Natur fast überall anzutreffen, kommt in ganz Europa vor und gehört zur Familie der Radnetzspinnen. Aufgrund ihrer Häufigkeit, und weil ihr genügend Lebensraum zur Verfügung steht, wird sie in den Roten Listen als „nicht gefährdet“ eingestuft.

Weitere „Gewinner“

Zu den weiteren „Gewinnern“ gehören der Kleine Abendsegler als Fledermaus des Jahres, der Alpensalamander als Lurch des Jahres, die Gemeine Winterlibelle als Libelle des Jahres, die Glockenblumen-Schmalbiene als Wildbiene des Jahres sowie der Höhlen-Zwergflohkrebs als Höhlentier des Jahres. **Mirko Besch**

Zusammenstehen und Teil der Veränderung sein

Lena Hällmayer will der jüngeren Generation trotz des Klimawandels einen zuversichtlichen Blick auf die Zukunft vermitteln

Die Graphic Novel „Klimaangst und Wandelmut“ von Lena Hällmayer war im vergangenen Jahr für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert. Darin widmet sich die Hamburger Illustratorin und Kunstpädagogin gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen der Klimakrise.

Dunkle Pinselstriche malen den Satz: „Die Klimakrise verfolgt mich.“ Das war, nachdem Lena Hällmayer aus einem Familienurlaub am Strand im Süden ein mulmiges Gefühl mit nach Hause brachte: Als ein Waldbrand immer näherkam, platzt die Illusion vom Urlaubsglück. Obendrein wurde der zweifachen Mutter vor Augen geführt, dass die Klimakrise überall ist. Ihr zu entfliehen, ist unmöglich. Das Erlebnis hat sie in ihrer Graphic Novel „Klimaangst und Wandelmut“ künstlerisch verarbeitet.

Nicht verzweifeln

Der Illustratorin gelingt ein schwieriger Spagat: Sie möchte besonders der jüngeren Generation zuversichtliche Geschichten erzählen. Gleichzeitig will sie ihre eigenen Gefühle nicht verbergen, die sie angesichts von Naturkatastrophen und Umweltzerstörung, die menschengemacht sind, befallen. Da sind immer wieder Verzweiflung, Traurigkeit, Wut und das ungute Gefühl, dass wir viel zu wenig gegensteuern.

Um nicht zu resignieren, braucht es also eine große Portion Optimismus und Furchtlosigkeit. Lena Hällmayer gerät nie in Gefahr, zu abstrakt über die Klimakrise nachzudenken. Dabei helfen ihr nicht nur Pinsel und Humor, sondern auch die Perspektive von Kindern, die häufig kreativ und spielerisch Lösungen für Probleme finden. Im Bereich der kulturellen Bildung leitet sie Workshops und sammelt gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zahlreiche Ideen, der Krise zu begegnen. So entwirft eine Gruppe Schülerinnen und Schüler eine Maschine, die aus ihnen Mut abzapft und in Flaschen abfüllt (siehe Grafik). Wenn wir diesen Zaubertrank trinken könnten, wäre es dann nicht leichter, einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und der Umwelt zu pflegen?

Mit der VdK-Zeitung spricht Lena Hällmayer darüber, wie die Idee zu dem Buch entstanden ist: „Ich habe mich gefragt: Kann ich mir Zuversicht erzeichnen und andere mitziehen? Und wie erreiche ich möglichst viele Menschen?“ Eine Botschaft verbreiten kann ich am ehesten mit dem Pinselstrich, dachte sie. „Die Bildsprache eröffnet einen anderen Zugang. Ich glaube, dass sich Jugendliche davon eher abgeholt fühlen.“

Viele Seiten später findet sie eine Antwort, die sich endlich für sie stimmig anfühlt. Das Bild zeigt ein Netz. „Die Zeichnung bedeutet, dass alles miteinander verwoben ist. Wir sind stark, wenn wir gemeinsam aktiv werden.“

Jeder kann etwas tun und Teil der Veränderung werden. Die Netzwerke im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sind vielfältig. Lena Hällmayer ist beispielsweise in ihrer Heimatstadt ehrenamtlich für die Organisation Foodsharing tätig, die sich gegen Lebensmittelverschwendungen einsetzt. „Wenn ich merke, dass ich etwas verändern kann, fühle ich mich besser.“

Demokratie stärken

Die Illustratorin fordert auch mehr Wertschätzung für Menschen, die Fürsorgearbeit leisten. „Sie werden oft vergessen, dabei tragen sie unsere Gesellschaft.“ Die Autorin ruft zu Solidarität auf: „Wir müssen zusammenstehen. Das hilft uns allen, und ist gut für die Demokratie.“ Denn ihrer Meinung nach ist es wichtiger denn je, sich gegen rechte Kräfte zu stemmen. **Elisabeth Antritter**

Eine Ausrede ist keine Entschuldigung

Wer um Verzeihung bittet, sollte Bedauern zeigen und Verantwortung für Worte und Taten übernehmen

Jeder Mensch macht mal einen Fehler. Wenn dadurch jedoch andere, vielleicht sogar nahestehende Personen verletzt werden, belastet das die Beziehung. Eine Entschuldigung kann das verloren gegangene Vertrauen wiederherstellen.

Im Alltag gibt es viele Situationen, in denen man sich aus Höflichkeit entschuldigt – etwa bei einem unbeabsichtigten Rempler in der Straßenbahn oder bei der Frage nach dem Weg. Die meisten sagen dann „Entschuldigung“ oder „Sorry“, ohne weiter darüber nachzudenken.

Schwieriger wird es jedoch, wenn man durch Worte oder Handlungen jemanden verletzt hat, insbesondere wenn es sich dabei um nahestehende Menschen im Berufs- oder Privatleben handelt. Solche Entschuldigungen fallen oft schwer, denn man muss sich eingestehen, dass man das Gegenüber enttäuscht hat.

Es braucht viel Mut und Selbstvertrauen, sich Fehler einzugeben. Schließlich strebt jeder danach, ein positives Selbstbild aufrechtzuerhalten. Notwendig sind außerdem die Fähigkeit zur Empathie und zur Selbstreflexion, denn das eigene Verhalten sollte aus Sicht der oder des Anderen betrachtet werden können. Nicht zuletzt fällt eine Entschuldigung deshalb schwer, weil man sich verletzlich zeigt, sich angreifbar macht und beurteilt oder zurückgewiesen werden kann.

Fragen stellen

Wer über seinen eigenen Schatten springen möchte, sollte mit der anderen Person das Gespräch suchen. Dabei sollte man nicht zu lange warten, denn kränkende Ereignisse können eine Beziehung sehr belasten. Wichtig ist, erst einmal nur zuzuhören und dem Drang zu widerstehen, sich für sein Fehlverhalten zu rechtfertigen. Stattdessen sollte man Fragen stellen, wie beispielsweise: „Wie fühlst du dich?“, „Was wünschst du dir von mir?“ und „Was kann ich besser machen?“. Wer verletzt ist, will mit seinem Schmerz wahrgenommen und verstanden werden. Eine Begründung für das eigene Verhalten und die Bitte um Verzeihung können später erfolgen.

Einer der häufigsten Fehler bei einer Entschuldigung ist, sich für seine Worte oder Taten zu verteidigen oder sie herunterzuspielen. Mit Sätzen wie „Es tut mir leid, aber ...“ vermeidet die Person die Übernahme von Verantwortung. Auch Ausreden führen nicht weiter. Wenig hilfreich ist es zudem, das eigene Fehlverhalten mit dem des Gegenübers aufzurechnen. Wer etwa mit „Tut mir leid, aber du machst so etwas auch ständig“ kontert, verschlimmert nur die Situation.

Stattdessen sollte man Gefühle zeigen und seine Anliegen als Ich-Botschaften formulieren. Zum Beispiel: „Ich wünsche mir, dass wir wieder liebevoll miteinander umgehen können.“ Auch der

Tonfall ist wichtig. Eine Entschuldigung sollte ehrlich sein und von Herzen kommen. Wer ein flapsiges „Sorry“ vor sich hinmurmtelt, erweckt nicht den Anschein, etwas ehrlich zu bereuen.

Den ersten Schritt machen

Manchmal sind beide Konfliktpartner gekränkt und warten auf eine Entschuldigung. Dann muss einer den ersten Schritt machen. Zum Beispiel kann man um Verzeihung bitten und sagen: „Damit wir unser Vertrauen wieder aufbauen können, brauche ich auch eine Entschuldigung von dir.“

Und was kann man tun, wenn die andere Person das Fehlverhalten nicht vergessen kann? Vergebung ist ein Prozess, der je nach Vorfall und Verletzlichkeit länger dauern kann. Auf keinen Fall sollte man Druck ausüben, sondern verständnisvoll und geduldig bleiben und anbieten, das Gespräch zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen. **Annette Liebmann**

Ernährungsreport „So isst Deutschland“

Essen soll den Deutschen schmecken. Das zeigt der aktuelle Ernährungsreport 2025 des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH).

98 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen der Geschmack beim Essen wichtig ist. Dieser Aspekt steht seit Beginn der Erhebung vor zehn Jahren auf Platz eins. Danach folgt gesundes Essen, das für 90 Prozent eine große Rolle spielt.

Laut Report kaufen Verbraucherinnen und Verbraucher wieder preisbewusster ein: 74 Prozent achten auf Angebote und 59 Prozent auf den Preis. Im Jahr 2020 lag dieser Wert noch bei 46 Prozent.

Zudem kochen viele Deutsche gern, 43 Prozent sogar täglich. Fast drei Viertel essen täglich Obst oder Gemüse, rund ein Viertel mehrmals täglich Fleisch oder Wurst.

Auf der Webseite www.bmleh.de kann der Report „So isst Deutschland“ heruntergeladen werden. Dazu „Ernährungsreport 2025“ in das Suchfeld eingeben. **ken**

Stark gestiegene Lebensmittelpreise

Händler und Hersteller profitieren, Verbraucher und Landwirte nicht

An der Supermarktkasse sind Preissteigerungen besonders spürbar. Nicht selten stellen Kundinnen und Kunden nach dem Bezahlen fest, dass die Tüten trotz einer hohen Rechnung nicht mehr so prall gefüllt sind wie früher. Eher im Gegenteil, denn die Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nach Ansicht der Monopolkommission profitiert vor allem der Lebensmittelhandel.

Die Monopolkommission ist ein unabhängiges Expertengremium, das die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat in wettbewerbspolitischen Fragen berät. Sie erstellt Gutachten über Wettbewerb, Marktmacht und staatliche Regulierung in Deutschland.

Im November 2025 hat sie ein Sondergutachten zum Wettbewerb in der Lebensmittelkette veröffentlicht. Darin kritisiert sie, dass sich der Markt in Deutschland auf wenige große Unternehmen konzentriert: Zu den „großen Vier“ zählen Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland. Gemeinsam kontrollierten diese Unternehmen im Jahr 2023 87 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels (2000 waren es 67 Prozent). Der Anteil kleinerer Wettbewerber am Gesamtumsatz im Lebensmittelhandel lag bei lediglich 13 Prozent.

Einflussnahme nimmt zu

„Die Macht des Lebensmitteleinzelhandels und teilweise der Hersteller ist zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich gestiegen, während die Landwirtschaft oft den Weltmarktrisiken ausgesetzt ist“, berichtet Tomaso Duso, Vorsitzender der Monopolkommission. Problematisch ist nach Ansicht der Fachleute, dass die großen Handelsunternehmen ihre Aktivitäten inzwischen auch auf die Herstellung von Lebensmitteln ausdehnen. So gewinnen Supermärkte durch eigene Marken bei der Lebensmittelherstellung zunehmend an Bedeutung und können ihre Marktmacht gegenüber den Landwirten weiter ausbauen. Daten im Gutachten belegen, dass die durchschnittlichen Gewinne von Händlern und Herstellern seit über zehn Jahren steigen – parallel zu den Konzentrationsprozessen in der Branche.

Gleichzeitig sind die Lebensmittelpreise in Deutschland stärker gestiegen als in vielen anderen EU-Ländern. Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen mehr, doch bei vielen Landwirtinnen und Landwirten kommt kaum etwas davon an. Duso erklärt: „Die hohe Marktkonzentration und steigende Preisaufschläge auf Lebensmittel durch Hersteller und Einzelhandel sind besorgniserregend. Der Wettbewerb auf diesen Ebenen ist geschwächt, während die Landwirtinnen und Landwirte insbesondere in der Milch- und Fleischwirtschaft langfristig kaum profitiert haben.“

Die Veränderungen in der Lebensmittelkette sind bei jedem Einkauf spürbar. Die Monopolkommission fordert deshalb eine stärkere Kontrolle gegen Machtmisbrauch. Bestehende Regeln gegen unfaire Handelspraktiken sollen konsequent durchgesetzt werden.

Weniger Bürokratie

Darüber hinaus müssten die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessert werden, um ihre Wettbewerbsposition zu stärken. Die Monopolkommission betont, dass vor allem die Kostenseite im Fokus stehen sollte. Effizientere Produktionsstrukturen und weniger Bürokratie könnten den Betrieben helfen.

Zudem sollten die Kriterien für Agrarsubventionen stärker Produktivität, Nachhaltigkeit und Innovation berücksichtigen anstatt der reinen Flächengröße. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit kleiner landwirtschaftlicher Betriebe verbessern. **Robert Manu**

Geld vom Metzger

Neue EU-Regelung zum Bargeldabheben geplant

Scheine und Münzen sind längst noch nicht Geschichte. Trotz des anhaltenden Siegeszugs bargeldloser Zahlungsmethoden bleibt Bargeld in Deutschland nach wie vor ein weit verbreitetes und wichtiges Zahlungsmittel. Doch Geldautomaten und Bankschalter sind vielerorts Mangelware.

Das Statistische Bundesamt hat gezählt: Ende des Jahres 2024 gab es in Deutschland 50 563 Geld-automaten. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang von 3,2 Prozent. Bei den Bankfilialen zeigt sich ein ähnliches Bild. Über 1500 Filialen wurden im Jahr 2024 in Deutschland geschlossen.

Auf Bargeldsuche

Wer regelmäßig Bargeld benötigt, stellt sich vielerorts die Frage: Wo kann ich Geld abheben? Die sinkende Zahl an Geldautomaten und Bankschaltern, an denen man Bargeld bekommen kann, führt besonders in ländlichen Regionen zu Problemen.

Bargeld lässt sich schon seit längerem auch an der Supermarkt-kasse abheben. Häufig ist dies jedoch nur möglich, wenn Kundinnen und Kunden zusätzlich für mindestens zehn oder 20 Euro einkaufen. Das soll sich nun ändern: Die EU will das Geldab-heben im Einzelhandel künftig auch ohne Einkauf ermöglichen.

Die angedachte Regelung soll den gesamten Einzelhandel umfassen. Künftig könnten alle Unternehmen, die Waren direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher verkaufen – vom Bäcker und Metzger bis zum Baustoffhändler – Bargeld auszahlen. Dafür wäre keine gesonderte Banklizenz erforderlich. Wichtig zu wissen: Es soll keine Verpflichtung für Händlerinnen und Händler geben.

Nach aktuellem Stand wird das Europäische Parlament den Entwurf voraussichtlich Anfang dieses Jahres verabschieden. Erst mit diesem Beschluss ist der Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene formal abgeschlossen. Danach muss die Richtlinie in jeweilige nationale Gesetze überführt werden. Dafür bekommen die 27 Mitgliedstaaten rund zwei Jahre Zeit.

Verbraucherschützer begrüßen die geplante Regelung: Künftig müsse niemand mehr unnötige Einkäufe tätigen, um an Bargeld zu gelangen, was für viele Menschen eine spürbare Entlastung im Alltag wäre. **rob**

Neu seit 1. Januar: Aktivrente

Weiterarbeiten trotz regulärem Rentenalter

Wer das reguläre Renteneintrittsalter erreicht hat, kann seit 1. Januar mit der Aktivrente bis zu 2000 Euro im Monat steuerfrei hinzuerdienen. Sozialabgaben können trotzdem anfallen.

Der Lohnsteuervorteil gilt ausschließlich für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Selbstständige und alle, die eine vorgezogene Altersrente beziehen, sind ausgenommen. Die normale Rente wird weiter voll ausbezahlt und muss regulär versteuert werden, sagt Michael Popp, Referent für Alterssicherung im Sozialverband VdK.

Wer zum Beispiel aktiv auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung verzichtet, zahlt zwar Beiträge, erhöht im Folgejahr aber die eigene Rente, so Popp. Mit einer Teilrente lässt sich der Krankengeldbezug sichern. Hier fallen aber normale Kassen- und Rentenbeiträge an. Liegt das Erwerbseinkommen über dem steuerlichen Grundfreibetrag von 12 348 Euro, greift dieser nicht mehr bei der Rente. Dann sollte etwa ein Viertel der Rente für das Finanzamt zurückgelegt werden.

Popp empfiehlt, sich beraten zu lassen, bevor man sich für eine Aktivrente entscheidet. Dabei sollten Rentenbeginn, Beschäftigungsmodell und Sozialversicherung berücksichtigt werden. Fragen zum Rentenrecht beantwortet die Deutsche Rentenversicherung und zum Steuerrecht die Finanzämter und Lohnsteuerhilfvereine. **ken**

Ungekünstelt, frech und spontan

Schauspielerin Cleo Kretschmer wird 75 Jahre

Cleo Kretschmer, Star der Münchner Kinoszene der 1970er- und 1980er-Jahre, feiert am 11. Februar ihren 75. Geburtstag.

Mit Filmen wie „Amore“ und „Arabische Nächte“ des Kultregisseurs Klaus Lemke wurde sie zum Jugendidol. Neun Filme drehten die beiden zwischen 1973 und 1981, ein weiterer folgte 1995 – häufig war Wolfgang Fierek an ihrer Seite. Mit ihrer unvergleichlichen Art – spontan, natürlich, neugierig, frech-frivol und gar nicht auf den Mund gefallen – gab sie den Filmen etwas Ungekünsteltes. Kritiker sprachen gar von einer „bayerischen Irma la Douce“. Lemke, der sie bei einer Party kennenlernte, und Kretschmer waren auch privat ein Paar.

Cleo, die eigentlich Ingeborg Maria heißt, wurde in Wegscheid im Bayerischen Wald geboren. Als sie elf Jahre alt war, zog die Familie nach München. Sie fing an, sich Cleo zu nennen – nach Cleopatra, weil das alte Ägypten sie faszinierte. Sie lernte Drogistin. Eine Schauspielschule hat sie nie besucht.

Cleo Kretschmer war Teil der Münchner Schickeria. Sie hat das Leben aufgesaugt, auch wenn sie beruflich wie privat Höhen und Tiefen erlebte. Doch die größte Achterbahnfahrt wartete noch auf sie: Am 10. Oktober 1998, im Alter von 47 Jahren, wäre das Leben für den Filmstar fast zu Ende gewesen. In einem Restaurant erlitt sie ein Aneurysma, eine schwere Gehirnblutung. Nach der Krankheit musste sie mühsam ihre Sprache wieder erlernen und sich ins Leben zurückkämpfen. Seitdem feiert sie zweimal im Jahr Geburtstag: einmal am 11. Februar und einmal am 13. Oktober, an dem Datum, als sie aus dem Koma erwacht ist.

Manchmal spielt Kretschmer noch kleine Filmrollen, so etwa im Kinofilm „Eine ganz heiße Nummer“. Sie wohnt seit mehr als 25 Jahren im beschaulichen Dorfen in Oberbayern, liebt die Natur und Katzen und hat mehrere Bücher veröffentlicht.

Cleo Kretschmer ist Schirmherrin des Bayerischen Landesverbands für die Rehabilitation der Aphasiker – für Menschen mit Sprachstörungen. Zudem ist sie Mentorin von LILALU, einem außerschulischen Bildungs- und Ferienprogramm. **pet**